

Klaus-Rüdiger Mai

LESEPROBE

**Die Geschichte
des Ministeriums für
Staatssicherheit
der DDR**

EUROPA

Klaus-Rüdiger Mai

STASI

**Die Geschichte
des Ministeriums für
Staatssicherheit
der DDR**

EUROPA



Der Umwelt zuliebe

- produzieren wir zu über 90% in Deutschland
- achten wir auf kurze Transportwege
- drucken wir auf Papier aus nachhaltiger Waldwirtschaft und anderen kontrollierten Quellen

1. Auflage

© 2026 Europa AG Zürich

Umschlaggestaltung und Motiv:

Hauptmann & Kompanie Werbeagentur, Zürich

Layout & Satz: Margarita Maiseyeva

Redaktion: Franz Leipold

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-95890-641-9

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk darf – auch teilweise – nur mit Genehmigung des Verlags wiedergegeben werden.

Die Nutzung unserer Werke für Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG behalten wir uns explizit vor.



Ansprechpartner für Produktsicherheit

Europa Verlage GmbH

Monika Roleff

Johannisplatz 15

81667 München

Tel.: +49 (0)89 18 94 733-0

E-Mail: info@europa-verlag.com

www.europa-verlag.com

Inhalt

I. Prolog

1. Gesicherte Wahlen in unserer Demokratie
2. »... als ob 40 Jahre Sozialismus unter den Füßen weggerutscht seien«
3. Zwei Reden

II. »So, aus leninschem Geist, wächst von Stalin geschweiß.« Das erste Dezennium: 1950 bis 1961

4. »Zeige dein Gesicht nicht / Sondern / Verwisch die Spuren!«
5. Der M-Apparat
6. Spezialisten für Straftaten anderer Art
7. Ein Mörder macht Karriere
8. Als die Sowjets die Stasi schufen
9. »Zwei Finger muss man im Klassenkampf noch haben, um abdrücken zu können«
10. Stalins Paranoia ebnet Ulbricht den Weg
11. Liebesgrüße aus Budapest
12. Die Hetzjagd in Ostberlin beginnt
13. Mordete Mielke wieder?

14. In Mielkes Reich der Lügen
15. Es war einmal in Ostberlin
16. Eröffnung in Prag: Die Schalen des Hasses
17. »Wen sie mal hat, der muss zum Verbrecher gemacht werden«
18. Schauprozesse als blutige Stasi-Festspiele
19. »Es regieren hier nur noch der Sicherheitsapparat und eine verzweifelte Ökonomie«
20. Der lange Schatten der Waldheimprozesse und die Erfindung des Häftlingsfreikaufs
21. Der »Neue Kurs«: Vollbremsung auf vereistem Weg
22. Der Volksaufstand überrascht die Stasi
23. Ein Justizmord als Propagandamittel und ein eitler Schriftsteller als Helfer
24. Die Abrechnung
25. Das Ministerium wird als Staatssekretariat zur Behörde
26. Exkurs: Utopieüberschuss

Quellen und Siglen

Literaturverzeichnis

Personenregister

Anmerkungen

»Ein Käfig geht einen Vogel suchen.«

FRANZ KAFKA

»Irma heißt die Firma.«

UWE GRESSMANN

»Auf der Mauer auf der Lauer saß die kleine Wanze.«

DEUTSCHES VOLKSLIED



I. PROLOG



I. Gesicherte Wahlen in unserer Demokratie

Es sollte doch so hübsch demokratisch aussehen, nur wäre die Existenz der Volkskammer niemandem in der DDR aufgefallen – die Abgeordneten des Scheinparlaments ausgenommen –, wenn nicht jeder volljährige Bürger zunächst alle vier, einmal 1963 und dann ab 1971 alle fünf Jahre aufgefordert worden wäre, den sogenannten gemeinsamen Wahlvorschlag der demokratischen Parteien und der Massenorganisationen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland unverändert und öffentlich unter der Aufsicht der Stasi, zumeist inoffiziell, zustimmend in die Wahlurne zu werfen. Für das Ministerium für Staatssicherheit bedeuteten Wahlen in der DDR, gleich welcher Größenordnung, ob Kommunal- oder Volkskammerwahlen, immer eine besondere Situation: Diese Wahlen mussten nämlich abgesichert werden, damit möglichst eine 100-prozentige Wahlbeteiligung und eine 100-prozentige Zustimmung zum Wahlvorschlag der Nationalen Front erfolgten. Wenn man nicht die Wahl zwischen unterschiedlichen Parteien besaß, sondern einem Vorschlag nur zustimmen oder ihn ablehnen konnte, entschied die Höhe der Zustimmung über die »demokratische Legitimation«, denn bei fast 100-prozentiger Zustimmung konnte man Kritikern stets entgegenhalten, dass ja fast alle für und nicht gegen den gemeinsamen Wahlvorschlag gestimmt haben und folglich das Volk mit der Regierung zufrieden wäre. Bei nicht pluralistischen, sondern Blockwahlen kommt es immer auf die Höhe des Quorums an. Und damit dieses Ziel erreicht wurde, mussten alle Parteimit-

glieder – vor allem aber das Ministerium für Staatssicherheit – die Wahl mit allen operativen Möglichkeiten »absichern«. Die Wahl galt als Bekenntnis zum Staat. Entsprechend dem technischen Vorgang der Wahl wurde die Tätigkeit im demokratischen Deutschland im Volksmund deshalb »Zettel falten« genannt, das in der Öffentlichkeit unter den Augen der Stasi durchzuführen war. Wer die Wahlkabine aufsuchte bzw. den gemeinsamen Wahlvorschlag ablehnte, galt als Staatsfeind, wer nicht zur Wahl ging als feindlich-negative Kraft. Er wurde registriert und vom MfS »aufgeklärt« bzw. durch die Dienststellen des Ministeriums »bearbeitet«.

Abgeordneter der Volkskammer zu sein stellte durchaus einen lukrativen Job dar, denn mit Diäten von 3600 DDR-Mark im Monat verdiente man weit mehr als der Durchschnittsbürger; außerdem hatte man auch über nichts nachzudenken, denn es wurde dafür erwartet, dass der Abgeordnete allem zustimmte, was die SED und mithin die Regierung vorschlug.

Doch am 13. November 1989 änderte sich das 40-jährige Ritual abrupt, verbreitete sich eine Episode des Sitzungsverlaufs wie ein Lauffeuer unter den Ostdeutschen, aber auch im Westen, denn der sensationelle Vorgang bestätigte geradezu exemplarisch Hannah Arendts These von der Banalität des Bösen. Nicht dass Horst Sindermann als Präsident der Volkskammer zurücktrat, nachdem er am 8. November 1989 aus dem Politbüro der SED ausgeschieden war, konnte nach dem Rücktritt der Regierung der DDR am 7. November noch überraschen; auch nicht, dass der bis dahin weitgehend unbekannt Funktionär der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) Günther Maleuda gewählt worden war. Die Blockpartei DBD hatte übrigens im Parteauftrag der SED der Kommunist Ernst Goldenbaum am 29. April 1948 lieber gleich selbst in Schwerin gegründet, damit es demokratisch aussah. Bereits im Februar sprach Wilhelm Pieck mit seinem Genossen Goldenbaum über die Gründung der SED-Filiale für Bauern. Sowohl die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD), gegründet von dem Kommunisten

Lothar Bolz, als auch die DBD verdankten ihre Existenz dem Ziel der SED, der CDU und der LDPD (bis Oktober 1951 LDP) etwas entgegenzusetzen, bevor sich CDU und LDPD schließlich selbst gleichschalteten und mit der NDPD und der DBD den Block der demokratischen Parteien bildeten, die sogenannten Blockparteien, die, weil sie ihre Linientreue ständig unter Beweis zu stellen hatten, noch dogmatischer als die SED agierten.

Bis 1990 sollte die Volksammer eigentlich nicht gewählt, sondern eher zusammengestellt werden, denn die Volkskammerwahlen hatten die kommunistischen Machthaber auf das Jahr 1950 verschoben, um einen Mechanismus zu etablieren, der freie Wahlen durch die Blockwahl vorgegebener Kandidaten mit im Voraus festgelegten Sitzen für die Vertreter der Parteien und Massenorganisationen ersetzte. In einer Besprechung mit kommunistischen Aktivisten hatte Walter Ulbricht für die Organisation der Verwaltung und des politischen Lebens schon 1945 die Richtlinie herausgegeben: »Es ist doch ganz klar: Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.«¹ Bis auf den heutigen Tag besteht die wirkliche Grundfrage aller linken, aller grünen Bewegungen in der Frage der Macht, die unter allen Umständen und mit der Wahl aller Mittel zu sichern ist – alles andere gilt als sekundär. Es geht dabei nicht um Recht und Gesetz, auch nicht um Fairness, sondern einzig um den Erfolg, denn da man die edelsten Ziele zu verwirklichen gedenkt, ist einem auch alles erlaubt. Die Überhöhung der eigenen Moralität rechtfertigt die Selbstermächtigung – und das MfS in der DDR war ein Organ der Selbstermächtigung.

Wolfgang Leonhard, der von dieser Besprechung mit Ulbricht berichtete, hatte bereits auf der Kominternschule wie andere kommunistische Jungfunktionäre im sowjetischen Baschkirien zweieinhalb Jahre zuvor in den Seminaren trainiert, »Volksausschüsse« »richtig« zusammenzustellen. Im Grunde adaptierte Ulbricht nur die kommunistischen Konzepte »der nützlichen Idioten« und der »Volksfront« für die DDR. Zumal nach kommunistischer Doktrin

erst in der Diktatur des Proletariats die Demokratie verwirklicht war. Die Diktatur der Funktionäre firmierte als demokratischer Zentralismus. Diese Form der »Demokratie« ging nicht von unten nach oben, sondern war straff von oben nach unten organisiert, wobei zu den Aufgaben des Ministeriums für Staatssicherheit die Absicherung des demokratischen Zentralismus und der Wahlen zählte.

Aufgrund dieser Erfahrungen mit der sozialistischen Demokratie erwartete auch kein DDR-Bürger an diesem 13. November 1989 von dem »richtig« zusammengestellten Parlament diesen spektakulären Sitzungsverlauf. Ausgerechnet das Zentralorgan der SED berichtete einen Tag später, am 14. November, über die 11. Tagung der Volkskammer mit demselben Pathos, wie sie noch im Frühjahr über die demokratischste aller Wahlen, die gefälschte Kommunalwahl, triumphierend berichtet hatte: »Über dieser Sitzung lag die Spannung, die bedeutenden Entscheidungen vorangeht: Mit ihr begann die Volkskammer, ohne Bevormundung ihre Rechte und Pflichten als einziges verfassungs- und gesetzgebendes Organ, als souveränes Machtorgan, uneingeschränkt wahrzunehmen. Einer Festlegung des Demokratischen Blocks und aller Fraktionen entsprechend, unterbreitete Hans Jendretzky den Vorschlag für die Tagesordnung, der dann einmütig gebilligt wurde: An ihrer Spitze stand die Wahl des Präsidenten der Volkskammer in geheimer Abstimmung.«² Doch in dieser Sitzung ging es dann plötzlich nicht nur um Funktionärs-Rochaden, was kaum jemand interessiert hätte, sondern die Abgeordneten forderten auf einmal Rechenschaft von den Ministern. Anscheinend wollten einige von ihnen beweisen, dass sie wirkliche Abgeordnete waren. Das hatte es in den vierzig Jahren Volkskammer nicht gegeben. »Scharf wurde vor allem die Tätigkeit von Mitgliedern der bisherigen Regierung von den Abgeordneten kritisiert. Rechenschaft wurde u. a. verlangt von Ministerpräsident Willi Stoph, Volkskammerpräsident Horst Sindermann, den Ministern für Staatssicherheit, Erich Mielke, für Finanzen, Ernst Höfner, für Hoch- und Fachschulwesen, Hans-Joachim Böhme, sowie vom Vor-

sitzenden der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer. Mit Erregung im Plenum wurde mehrere Male konstatiert, dass der obersten Volksvertretung über Jahre wichtige Informationen zur wirtschaftlichen Lage vorenthalten wurden, ja dass sie teilweise vorsätzlich belogen worden war. »Mit Erschrecken nahmen die Abgeordneten zur Kenntnis, dass die Inlandsverschuldung inzwischen eine Höhe von 130 Milliarden Mark erreicht hat«, berichtete die *Berliner Zeitung*, damals Zentralorgan der Bezirksleitung der SED von Berlin, ebenfalls am 14. November.

Dass man in der Volkskammer ein bisschen Bundestag übte, hätten nur außerordentlich politisch Interessierte registriert, doch dann trat der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, ans Rednerpult. Sein Ministerium, furchteinflößend und von vielen verachtet, im Volk kurz die Stasi oder »Horch und Greif« oder auch die »Firma« genannt, operierte als Staat im Staate, allgegenwärtig und allmächtig.

Illustriert wurde Mielkes Macht von einem Witz, von dem man annahm, dass ihn die Stasi selbst erfunden hatte, entsprach er doch ihrem Selbstverständnis. Stoph kam zu Honecker mit einem Papagei und sagte ihm, dass der Papagei alle Politiker kennt. Honecker, der das nicht glauben wollte, forderte einen Beweis. Stoph und Honecker versteckten sich hinter einem Vorhang, und Honecker ließ Günter Mittag zu sich rufen. Mittag kam, blickte sich in dem vermeintlich leeren Büro um. Der Papagei sagte: »Guten Tag, Genosse Mittag.« Mittag ging erstaunt. Honecker ließ Horst Sindermann rufen. Sindermann kam, blickte sich in dem vermeintlich leeren Büro um. Der Papagei sagte: »Guten Tag, Genosse Sindermann.« Sindermann ging erstaunt. Nun ließ Honecker Mielke rufen. Mielke kam, der Papagei blieb stumm, Mielke ging verstimmt. Honecker wollte schon triumphieren, da rief der Papagei: »Ihr könnt rauskommen, die Stasi ist weg.« Doch noch war die Stasi nicht weg, sondern dachte eifrig darüber nach, wie sie mit der veränderten Situation umgehen und sich über die Runden retten konnte, denn dass ihr Ministerium, das

wichtigste von allen, aufgelöst werden könnte, lag außerhalb ihrer Fantasie.

Das Ministerium für Staatssicherheit hatte zweimal aus Sicht der SED-Führung auf ganzer Linie versagt, einmal 1953 und nun 1989, weil es nicht das Ausmaß von Protest und Widerstand vorausgesehen hatte. Am 17. und 18. Juni 1953 retteten die sowjetischen Panzer die Macht der SED-Funktionäre. Bei seinem Besuch am 7. Oktober 1989, den er widerwillig anlässlich des Gründungstags der DDR zu absolvieren hatte – wenigstens die Form musste noch gewahrt bleiben –, erklärte Michail S. Gorbatschow Erich Honecker, »dass die sowjetischen Truppen der DDR bei der Unterdrückung der wachsenden inneren Opposition nicht zu Hilfe kommen würden«.³ Diesmal blieben die sowjetischen Panzer in ihren ostdeutschen Kasernen, und nichts und niemand konnte die Herrschaft der SED-Funktionäre noch verlängern, denn sie hatte in letzter Konsequenz in der Existenz der Panzer bestanden. Das Trauma von 1953 wirkte zwar mächtig und lange nach, doch hatte es bei den jüngeren Generationen jegliche Wirkung eingebüßt.

2. »... als ob 40 Jahre Sozialismus unter den Füßen weggerutscht seien«

Ende Oktober 1989 begann sich langsam im Ministerium für Staatssicherheit ein vorsichtiger, lavierender Kurs durchzusetzen; schließlich ging es nicht mehr darum, die Herrschaft des Politbüros zu erhalten und Honecker zu stützen, sondern das Ministerium, die Posten und Pöstchen zu retten. Auf den Demonstrationen gehörte die Forderung »Stasi – in die Produktion« zu den Klassikern. Niemand dachte unter den Demonstranten an Galgen oder Gefängnis für Mielke und Mielkes Mitarbeiter, sondern über allen Losungen stand die Forderung: »keine Gewalt«. Aber die Mitarbeiter des Ministeriums sollten ihr Geld nicht mehr mit Einschüchtern, Bespitzeln, Zersetzen und Einsperren verdienen, nicht mehr als Angehörige einer politischen Gesinnungspolizei, die sich als Schild und Schwert der allmächtigen und in Wahrheit einzig herrschenden Partei sah.

Am Abend des Republikgeburtstags, am 7. Oktober 1989, gingen die Polizei und Angehörige des Wachregiments »Feliks E. Dzierżyński«, das 1951 als »Wachbataillon A« gegründet worden war und 1967 den Namen Feliks E. Dzierżyński erhalten hatte, mit Schlagstöcken gegen Demonstranten in Berlin vor. Männer, Frauen, Jugendliche, die friedlich protestierten, wurden festgenommen. Schon am Morgen nahm eine Zivilstreife die 20-jährige Tochter eines Ehepaars zusammen mit ihrer 12-jährigen Schwester gegen 6.20 Uhr in der Berliner Mendelssohnstraße fest, weil sie an Laternenpfähle und Häuserwände Zettel klebten, die von der 20-jährigen

verfasst worden waren: »Werdet aktiv! Tausende von Bürgern verlassen unser Land, Demonstrationen werden niedergeknüppelt, eine Opposition ist illegal. Eine greise starre Regierung feiert sich in unglaublicher, verdächtiger Weise (Fackelzug usw.), stellt sich: blind – taub – stumm. Nur wenn alle endlich den Mund aufmachen und gemeinsam handeln, gibt es für unser krankes Land eine Hoffnung.«⁴

Die beiden Mädchen wurden in das Polizeirevier in der Keibelstraße verschleppt. Die Mutter der beiden Mädchen erfuhr erst fünf Stunden später von der Festnahme ihrer Töchter. Beide Mädchen wurden verhört, die 12-jährige Tochter im Beisein der Mutter. »Im Rahmen der polizeilichen Untersuchungen erfolgte dann eine für uns unvorstellbare Maßnahme: Von den Geschwistern wurden jeweils Abdrücke aller Finger und beider Hände, Porträt- und Profilfotografien gemacht und eine ›Geruchskonserve‹ sichergestellt.«⁵ Nach neun Stunden auf dem Polizeirevier durfte das 12-jährige Kind die Polizeiinspektion mit der Mutter verlassen. Ihrer älteren Schwester verlas man am 8. Oktober gegen 17.15 Uhr einen Strafbefehl, laut dem sie zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war. »Während der Überführung musste sie durch die Polizisten schmutzige Beschimpfungen und Drohungen über sich ergehen lassen, Missachtungen und Herabwürdigungen übelster Art, die in einem Rechtsstaat zur Verurteilung dieser Personen führen müssten.«⁶ Erst am 10. Oktober erhielten die Eltern, weil die Mutter bei der Staatsanwaltschaft Prenzlauer Berg vorsprach, die Information, dass ihre Tochter zu drei Monaten Haft verurteilt wurde.

»Die Ungeheuerlichkeit des Vorgehens der Polizeiorgane, insbesondere gegenüber dem 12-jährigen Kind, das mit der Bemerkung eines VP-Angestellten ›Wir wollen was mit dir machen‹ mit Gewalt von der Mutter entfernt wurde, zwingt die Unterzeichner, sich mit dieser Eingabe an die Generalstaatsanwaltschaft zu wenden.«⁷ In dem »Erlebnisbericht« eines Teilnehmers der gewaltfreien Demonstration durch die Berliner Stadtbezirke Mitte und Prenzlauer Berg, die von Polizei und Stasi Greifswalder Straße, Ecke Heinrich-Roller-

Straße eingekesselt wurde, heißt es: »An dieser Stelle wurde ich Zeuge einer überaus brutalen Szene. Zwei Polizisten hatten einen Mann aus der Menge heraus verhaftet und wollten ihn zu einem LO zerren, der auf der anderen Fahrbahn jenseits des Straßenbahnabsperrgitters bereitstand. Der Mann klammerte sich an ebendiesem Gitter fest. Weitere Polizisten und Stasi-Leute sprangen den ersten beiden zu Hilfe, zerrten an beiden Beinen, beiden Armen des sich schon bald kaum noch Wehrenden in verschiedene Richtungen – einige wollten ihn über das Gitter, andere darunter hindurch, einige am linken Pfosten, andere rechts daran vorbeizerren. Auf diese Art und Weise machten sie Anstalten, den Mann in der Mitte auseinanderzureißen, schlugen überdies erbarmungslos auf ihn ein. Ich weiß nicht, wie die Sache ausgegangen ist, denn gerade in diesem Moment kam für die Einsatzkräfte offenbar das Signal zur Schlacht. Ohne Vorwarnung wild losprügelnd, trieben sie den zu dieser Zeit ohnehin nicht mehr allzu großen Demonstrationszug auseinander. Das ging so schnell, dass ich daran keine konkrete Erinnerung mehr habe.« Der Verfasser des Berichts wurde ebenfalls verhaftet und auf einem Lkw mit anderen zum Rummelsburger Gefängnis verschleppt. »Dort mussten wir unsere Ausweise abgeben und dann stundenlang auf dem Lkw sitzen bleiben ... Besonders von etlichen auf dem Lkw sitzenden Frauen und Mädchen wurde mit zunehmender Dringlichkeit die Möglichkeit gefordert, auf die Toilette zu gehen. Dieses Ansinnen wurde von unseren Bewachern auf dem Lkw und von zusätzlich hinter dem Fahrzeug postierten Bütteln mit Hunden mit ekelhaftesten Beleidigungen beantwortet.«⁸

Über das brutale Vorgehen am 7., 8. und 9. Oktober in Berlin gegen Demonstranten hieß es im Entwurf des Referats zur Beratung des Parteiaktivs der Parteiorganisation des Wachregiments des MfS »Feliks E. Dzierżyński« am 1. November 1989, zu dessen Aufgaben die Objektsicherung gehörte und dessen Soldaten zur Unterstützung der Volkspolizei eingesetzt worden waren: »Das Wachregiment Berlin Feliks Dzierżyński hat in den letzten Wochen die ihm gestellten

Aufgaben mit hoher politischer Standhaftigkeit erfüllt.«⁹ Doch in der Ambivalenz der konkreten Einschätzungen wurde deutlich, wie die Stasileute zwischen Baum und Borke gerieten, weil sie einerseits ihrer Ideologie folgten, andererseits den tagtäglichen Machtverlust und die Veränderung der Gesellschaft nicht mehr ignorieren konnten. 1953 retteten die sowjetischen Panzer die Herrschaft der SED und mithin die Existenz des Ministeriums für Staatssicherheit, doch diesmal blieben die Panzer in ihren Kasernen. Gorbatschow hatte kein Interesse daran, ein Massaker anzurichten, wie es die Bonzen in China im Juni getan hatten. Am 7. Oktober hatte er Honecker unter vier Augen und später im engen Kreis einiger Mitglieder des Politbüros der SED gewarnt: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Krenz raunte dem neben ihm stehenden Valentin Falin zu: »Ihrer hat alles gesagt, unserer hat nichts verstanden.«

In der Volkskammersitzung am 13. November brachte Horst Sindermann den einsetzenden und sich rapide verstärkenden Verlust der Orientierung auf den Punkt. Es war, »als ob 40 Jahre Sozialismus unter den Füßen weggerutscht seien.«¹⁰ Einerseits hieß es im oben genannten Entwurf vom 1. November 1989: »Unter diesen Bedingungen haben sich viele Genossen hervorragend bewährt. Das zeigte sich besonders bei der alarmmäßigen Bereitstellung von Kräften am 7. Oktober, um die von feindlich-negativen Kräften hervorgerufene Bedrohung im Bereich des Palastes der Republik und die zu erwartende Bedrohung der Staatsgrenze durch diese Kräfte abzuwehren. Der Einsatz der Kräfte der Wachregiments wurde von den Genossen anderer Diensteinheiten des MfS und der VP hoch gewürdigt und trug wesentlich dazu bei, die entstandene schwere Gefährdung der Ordnung und Sicherheit im Zentrum der Hauptstadt abzuwehren.«¹¹ Doch darauf folgte überraschend der Aufruf zu »höchster Besonnenheit und Zurückhaltung«, »zu hoher Disziplin«, denn die »feindlichen Kräfte dringen auf die Konfrontation, sie wollen den Abbruch des Dialogs. Sie werden also auch unsere Sicherheitsorgane weiter in aggressiver Weise angreifen, um sie zu

unbesonnenen Handlungen zu provozieren ... Es ist mit weiteren Demonstrationen zu rechnen.«¹² In gewohnt kommunistischer Opfer-Täter-Umkehr hatten nicht Volkspolizei und MfS, sondern die Demonstranten auf »Konfrontation« gesetzt. Unter Dialog verstand die SED – und die Stasi ohnehin –, dass im Ergebnis des Dialogs alle anderen die Vorstellungen und Bewertungen der SED und der Stasi zu übernehmen hatten. Wer sich dem nicht fügte, wurde als dialogunfähig angesehen, als jemand, der den Dialog eben nicht wollte.

Am 17. Oktober hatten sich 25 Mitglieder und Kandidaten des Politbüros der SED versammelt; es fehlte nur Honeckers Freund, Armeegeneral Heinz Keßler, der sich auf Besuch in Nicaragua befand. Gleich zu Beginn fuhr Willy Stoph Honecker ins Wort und schlug eine Änderung der Tagesordnung vor, um über die Absetzung des Generalsekretärs zu sprechen.¹³ In der eilig einberufenen Tagung des ZK der SED am folgenden Tag bat Honecker das ZK, ihn aus gesundheitlichen Gründen »von seinen Funktionen zu entbinden«.¹⁴ Die kommunistischen Rituale wurden eingehalten. Auf Honecker folgte von ihm selbst vorgeschlagen Egon Krenz. Dessen Versuch, sich an die Spitze der Veränderungen zu stellen mit dem Satz, dass die Partei die Wende eingeleitet habe, erhöhte nur noch die Erbitterung. Ausgerechnet der Mann, der Chef der Wahlkommission im Frühjahr und damit das Gesicht der Fälschung der Kommunalwahl gewesen war, ausgerechnet der Mann, der noch am 26. September 1989 nach China reiste und dem chinesischen Diktator Jiang Zemin zum Massaker an den Studenten, zur blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens gratulierte, der von der »Klassensolidarität« schwärmte, davon, dass chinesische und deutsche Kommunisten »auf der Barrikade der sozialistischen Revolution« den gleichen Gegnern gegenüberstünden, wollte keine drei Wochen später den entschlossenen Reformern geben? Die Ostdeutschen hatten nicht vergessen, dass im Sommer im DDR-Fernsehen die Bilder von der Niederschlagung der Demokratiebewegung gesendet wurden, um die DDR-Bürger einzuschüch-

tern. In der *Aktuellen Kamera* hieß es in deutlicher Analogie zur DDR, dass in Peking Konterrevolutionäre den Sturz der sozialistischen Ordnung beabsichtigt hätten, dass ein konterrevolutionärer Aufruhr durch die Armee niedergeschlagen worden sei. Einige hätten die »wahre Situation verkannt«, von der »Grausamkeit und Brutalität« der Studenten wurde im DDR-Fernsehen fabuliert, und man erklärte die Opfer dreist zu Tätern.¹⁵ Doch im Ministerium für Staatsicherheit wusste man nur allzu gut, dass man die NVA, die auf allen Ebenen Beobachtungsobjekt der Stasi war, nicht mit der chinesischen Volksbefreiungsarmee vergleichen konnte. Man begann zu verstehen, dass ohne die sowjetischen Besatzungstruppen mit Gewalt nichts mehr zu erreichen war, denn sowohl die Soldaten der NVA als auch die des Wachregiments waren Wehrpflichtige bis in die Unteroffiziersdienstgrade hinein, von denen viele wohl kaum auf ihre Eltern, Geschwister, Freunde schießen würden. So fragten beispielsweise Soldaten, die in ihrem Ausgang eine Theatervorstellung besuchten, im anschließenden Publikumsgespräch, was sie denn tun sollten, wenn man ihnen befehlen würde, auf Demonstranten, auf das Volk zu schießen.¹⁶ Sogar die Spitze des Ministeriums registrierte nach den Gewaltorgien vom 7., 8. und 9. Oktober in der Hauptstadt, dass »bei der Anwendung polizeilicher Maßnahmen ... bei einer Reihe unserer Genossen Fragen und Unsicherheiten« auftraten.¹⁷ So verblieb als Hoffnung, dass viele Demonstranten »durchaus zum Gespräch bereit sind«¹⁸ und es mit der alten Taktik des *divide et impera* glücken würde, die Demokratiebewegung zu spalten und zu zersetzen, indem man unterschied zwischen den Guten, die berechtigt Missstände kritisierten, und den feindlich-negativen Kräften, die im Auftrag des Klassenfeindes den Sozialismus in der DDR stürzen wollten. Nach dem 18. Oktober versuchte man sich plötzlich als Diener des Volkes, der Werktätigen darzustellen, so auch Mielke in seiner Volkskammerrede am 13. November, der ersten und letzten.

Die Gewaltexzesse von Stasi und Volkspolizei am 7., 8. und 9. Oktober hinterließen auch bei nicht wenigen Soldaten des Wachre-

giments Spuren. So beschrieb das Referat: »Das berührt unsere Genossen natürlich sehr persönlich, jene, die am 7., 8. und 9. Oktober direkt im Einsatz gegen die Randalierer und Rowdys waren, jene, die am 24. Oktober im Zentrum erneut direkten Angriffen, Pöbeleien und Übergriffen ausgesetzt waren ...«¹⁹ Für die Stasi-Spitze wurde es immer schwieriger, die Situation einzuschätzen und daraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, wie man in dem Referat sprachlich geradezu paradigmatisch vorgeführt bekommt. Auf der einen Seite sah man in den Demonstranten »feindlich negative Kräfte«, »Randalierer und Rowdys«, auf der anderen Seite suchte man in den Demonstrationen Teilnehmer, mit denen man den »Dialog« führen könnte. Die Stasi-Spitze versuchte, die Demonstrationen als »herangereifte Entwicklungsprobleme unserer sozialistischen Gegenwart und Zukunft« zu verstehen, die man mit den Dialogpartnern, »die in ihrer Mehrzahl ehrlich« sind, diskutieren könnte. Auch wenn die auserkorenen Dialogpartner zum Teil kontrovers und stark emotional argumentierten, wie man ihnen unterstellte, sollte man dennoch auf ihre Ausgangsvorstellungen eingehen. Da die Stasi-Spitze der Entwicklung zunehmend hilflos gegenüberstand, klammerte sie sich an die politische Bewertung der gesellschaftlichen Situation auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, die auch wissenschaftliche Weltanschauung genannt wurde. Sie sollte allen anderen Weltanschauungen überlegen sein und ging von der gesetzmäßigen Entwicklung der Gesellschaft und der Geschichte aus, sozusagen eine soziologische Teleologie auf Klippschulnniveau, die deshalb »unwiderlegbar« war, weil sie logisch auf einem Zirkelschluss beruhte. Einerseits war man also verunsichert, andererseits entschlossen, die Dialogpartner, die man intellektuell sogleich als stark emotional, also wenig rational herabsetzte, von den »feindlich negativen Kräften« zu trennen.²⁰ Denn man habe »mit Empörung ... zur Kenntnis genommen, dass gegnerische Kräfte nichts unversucht lassen, im Zusammenspiel mit den Feindmedien der BRD ihre eigenen gesetzwidrigen Handlungen zu bemänteln und die Ursache für die Durch-

setzung polizeilicher Einsätze den Schutz- und Sicherheitsorganen anzulasten«.²¹

Wie sehr allerdings die Führung des Ministeriums und die Parteifunktionäre schwankten, wird an folgendem Eingeständnis deutlich: »Dabei machten sie sich die Tatsache zunutze, dass es dabei leider auch zu einigen Übergriffen durch VP-Angehörige kam, die damit gegen unsere Gesetze verstoßen haben.«²² Was für das MfS am 7., 8. und 9. Oktober noch in Ordnung war, geriet nach dem 18. Oktober im Ministerium immer stärker in die Kritik. Ein Detail verdeutlicht die Verunsicherung, denn nachdem die Übergriffe durch VP-Angehörige kritisiert worden waren, setzt der Entwurf mit dem Satz fort: »Von diesen Handlungen distanzieren wir uns eindeutig!« Doch genau dieser Satz wurde mit blauem Kugelschreiber im Entwurf wieder durchgestrichen.²³ Das ging dem MfS dann doch zu weit. Vorsichtige Kritik ja, Distanzierung nein. Auch auf die DDR-Medien, die sich am 3. November 1989 für den Missbrauch ihres Mediums entschuldigten und künftig die ganze Meinungsvielfalt abzubilden versprachen, konnte sich die Stasi nicht mehr verlassen: »Schließlich haben wir nicht zu übersehen, dass der gegenwärtige Prozess in den Medien auch an unsere Journalisten völlig neuartige Anforderungen stellt. Dazu müssen sie erst die notwendigen Erfahrungen sammeln ...«²⁴ Geschickt und skrupellos und nach dem Grundsatz »Der König ist tot. Es lebe der König« handelnd, schob Mielke wieselfink die Schuld an allem auf Honecker und stellte sich ganz hinter den »Reformer« Krenz, er selbst nun ganz und gar auch Reformer. In der Politbürositzung am 17. Oktober, in der es um Honeckers »Rücktritt« ging, hatte Mielke »eine ziemlich unerträgliche Vorstellung« geboten. »Er erging sich in Entrüstungstiraden. Alles, was an unbequemen Maßnahmen zu tun gewesen sei, hätte Honecker veranlasst. Da hatte Honecker mal eine Regung gezeigt, die Mielke signalisierte, er solle die Klappe nicht so weit aufreißen. Daraufhin schrie Mielke, er würde noch mal auspacken und erzählen, da würden wir uns noch wundern.«²⁵

Plötzlich entdeckte Mielke, dass Erich Mielke schon immer der Reformers gewesen war. So heißt es im Protokoll der parallel zu Mielkes Auftritt in der Volkskammer am 13. November stattfindenden Mitgliederversammlung der Grundorganisation der SED in der Stasi, dass man zu lange in der »lebensfeindlichen Illusion *Honeckers*« verharrt habe.²⁶ Noch standen das Ministerium und die Parteiorganisation zum Minister. Just zur Stunde, als man sich auf der Parteiversammlung im Ministerium einig war, dass »am meisten ... E. Mielke unter dem autokratischen Führungsstil« *Honeckers* »gelitten« hatte, »denn er hatte ja die meisten Informationen-Gedankenaustausch mit Tschekisten« und dass »*Mielke* ... die Wende miterkämpft, vorbereitet und vollzogen« hatte,²⁷ zu dieser Stunde ahnte niemand in der Normannenstraße, dass sich in Berlin Mitte die Katastrophe in dem Moment anbahnte, als der Reformers Mielke ans Rednerpult der Volkskammer trat.

3. Zwei Reden

Da stand er nun: herausgeputzt im marineblauen Anzug, im hellblauen Hemd, mit weiß-dunkelblau gemusterter Krawatte und der üblichen Politbürobrille Modell Honecker anstatt in seiner geliebten Generalsuniform. Obwohl Mielke seit 1958 der Volkskammer angehörte, war dies die erste Rede, die er im Plenum hielt. Und mehr noch, er hatte sich zu rechtfertigen, sich und die Arbeit seines Ministeriums. Auch das war neu. Mielke begann stimmlich noch recht verhalten, dennoch offensiv, plakativ und entsprechend der kommunistischen Ideologie, so als könnte er mit dem forcierten Ton die Abgeordneten einschüchtern: »Werte Abgeordnete! Zunächst möchte ich einmal klarstellen, was unsere Mitarbeiter im Ministerium für Staatssicherheit gegenüber den Werktätigen, gegenüber unserem Volk für Verpflichtungen haben. Wir sind Söhne und Töchter der Arbeiterklasse, der Werktätigen und kommen aus allen Schichten – einfache und gebildete und wissenschaftliche Mitarbeiter. Wir vertreten die Interessen der Werktätigen.« Soweit so anmaßend, soweit so inhaltsleer. Erich Mielke war weder gebildet noch besonders intelligent, dafür aber extrem bauernschlau, skrupellos und wieselflink. Hemmungen kannte er keine, und dass er nicht nur über Leichen gehen würde, sondern auch gegangen war, daran bestand kein Zweifel.

Menschen tun mitunter Böses, aber wenige von ihnen sind abgrundtief böse, wie Stalin beispielsweise, wie Ulbricht beispielsweise, wie Mielke beispielsweise. Zweimal stand Ulbricht vor dem Aus,

zweimal rettete er sich, indem die Minister für Staatssicherheit zu Sündenböcken erklärt und entmachtet wurden: 1953 und 1956. Hilfe wurde ihm jedes Mal vom Staatssekretär des MfS, Erich Mielke, zuteil, der als Ulbrichts Kreatur dem Diktator half, 1957 schließlich zum Minister für Staatssicherheit avancierte und bis November 1989 Minister für Staatssicherheit blieb – Handlanger Ulbrichts und Honeckers in ihrer persönlichen Diktatur.

Die »Interessen der Werktätigen« bedeuteten bei Lichte gesehen nur die Interessen der Funktionäre, ihr Interesse an Macht, Posten und Pöstchen. Um die einzig sie interessierende Frage, nämlich die Frage der Macht, wie Lenin und Stalin es sie gelehrt hatte, wurden Phantasmagorien der Ideologie verordnet, die Dogmatik einer säkularen Religion mit den dazugehörigen Glaubensbekenntnissen und Formeln. Völlig an der Realität vorbei behauptete Mielke: »Das ist unser oberster Auftrag der Volkskammer, und dem sind wir immer – und haben uns auch immer bemüht – gerecht geworden.« Als ob die Volkskammer die Stasi jemals interessiert hätte. Und dann kam die übliche Leier der Lehre vom Klassenkampf, der sich immer dann verschärfe, wenn die systemlogischen Misserfolge vertuscht werden mussten. »Das war nicht immer leicht und wurde unter schwierigen Bedingungen durchgeführt«, barmte Mielke, der gefühlt haben muss, dass ihm keine Sympathie, ja noch nicht einmal Angst aus dem Plenum entgegenschlug. Er vermisste seine Generalsuniform, er war nur noch, um den Dichter Heiner Müller zu zitieren: »der Mann im Anzug«. Und dann, um die Abgeordneten zu erreichen und sich zu rechtfertigen, wurde er unfreiwillig komisch, als er die Wahrheit nur aus anderer Perspektive aussprach, ungewollt, das System der flächendeckenden Bespitzelung auf allen Ebenen in allen Bereichen bloßstellte: »Wir haben, Genossen, liebe Abgeordnete, einen außerordentlich hohen Kontakt zu allen werktätigen Menschen.« Das Protokoll vermerkt Heiterkeit – und das war noch untertrieben, denn es brach ein regelrechtes Gelächter los, das Mielke sich nicht zu erklären wusste. Wer hatte es seit 1957 gewagt,

ihm ins Gesicht zu lachen – und dann noch öffentlich? Er begann zu faseln: »Ja, wir haben den Kontakt. Ihr werdet gleich hören, warum. Ich fürchte mich nicht, ohne Rededisposition hier Antwort zu stehen. Auch eine Demokratie. Ich habe kein Referat vorher fertig gemacht.«

Mielke war kein guter Redner, seine von den Mitarbeitern vorbereiteten Reden las er ab, manchmal in den Sitzungen des Politbüros zu hastig. Am Rednerpult fühlte er sich nur wohl, wenn er sich im Kreise seiner Generäle und Offiziere befand, denn die mussten gut finden, was der Minister sagte. Und so empfand er es tatsächlich als kühn, »ohne Rededisposition hier Antwort zu stehen«. Erschreckend zeigte sich, wie selbst der Minister für Staatssicherheit, der Herr der Spitzelberichte, in einer Scheinwelt lebte: »Wir haben erst einmal den Auftrag gehabt, als Allerwichtigstes, alles aufzudecken, was sich gegen den Frieden richtete.« Womit unter Frieden die angestrebte Friedhofsruhe in der DDR gemeint war, denn die DDR galt ihnen als Friedensstaat und als die wahre Demokratie, die USA oder die Bundesrepublik als imperialistische Diktaturen des Monopolkapitals. Auch lebte Mielke geistig konsequent von einigen wenigen Floskeln: Man stand im Dienst des Friedens gegen die imperialistischen Kriegstreiber und im Dienst der Arbeiterklasse. »Und wir haben hervorragende Informationen geliefert, die die Entwicklung so weit brachten, wie wir sie heute haben, Genossen, nicht nur für die DDR, sondern für das sozialistische Lager. Zweitens, ich sage es nur kurz, eine der wichtigsten Aufgaben war die Stärkung unserer sozialistischen Wirtschaft. Und wenn ihr mich fragen würdet, ihr werdet sehen, im Saal werden viele zustimmen, dass unsere Mitarbeiter Hervorragendes auf diesem Gebiet leisten. Und mehr möchte ich doch wohl dazu nicht sagen müssen. Wir haben Hervorragendes, Genossen, geleistet, unsere Arbeit gemacht zur Stärkung der Volkswirtschaft.«

An dieser Stelle meldete sich ein Abgeordneter zu Wort, der Mielke aus der Fassung bringen sollte: »Zur Geschäftsordnung: Ich

bitte doch endlich dafür zu sorgen. In dieser Kammer sitzen nicht nur Genossen.« Beifall brandete auf, und Mielkes Vorhaben, sich als Reformers zu präsentieren, wie man es unweit in der Normannenstraße erwartete, scheiterte endgültig mit seiner hingenuschelten Antwort: »Ich bitte um Verzeihung, das ist doch nur eine natürliche menschliche Sache. Ich bitte, das ist doch nur eine formale Frage.« Ein Sturm der Entrüstung brach nun im Plenum los. Mielke, so sehr in die Ecke getrieben, rief hilflos den Satz, den er ehrlich gemeint haben mochte, der aber angesichts seiner Biografie, angesichts dessen, wofür er stand und was er zu verantworten hatte – Entführung, Mord, Zersetzung, Unterdrückung, Erpressung, den Bruch elementarer Regeln der Menschlichkeit –, wie blanker Hohn klang:

»Ich liebe doch alle Menschen ...«

Seine Worte gingen im Gelächter unter. Maleuda wirkte wie das Präsidium überhaupt peinlich berührt. Mielke ruderte völlig verunsichert: »Ich setze mich doch dafür ein. Also ich bitte um Verständnis. Wenn ich das gemacht haben sollte, dann bitte ich um Verzeihung für diesen Fehler.« Mielke sprach über die »Republikflucht«, von Ärzten und Lehrern, um nicht über den Massenexodus reden zu müssen. Doch seine Behauptung »Wir haben, Genossen, ich weiß nicht, soll ich hier die Wahrheit sagen oder nicht, berichtet über diese ganzen Fragen«, provozierte nur die Rückfrage aus dem Plenum: Wo? In der Volkskammer offensichtlich nicht. Seine Rechenschaft sank auf das Niveau schülerhafter, erbärmlicher Ausreden: »Wir haben Vorschläge gemacht an die Stelle, der ich verpflichtet bin als Minister für Staatssicherheit zu berichten, an die betreffenden Genossen, die ein bestimmtes Arbeitsgebiet haben. Die haben die Fragen bekommen, für die sie zuständig sind, die anderen die anderen.« Schuld sind ohnehin die anderen. Doch auf die simple Frage, wem er konkret berichtet hatte, vermochte er nicht zu antworten: »Aber gestattet doch mal, was heißt konkret? Natürlich könnte ich alle Namen nennen. Die kann ich doch nicht alle jetzt aufführen, wohin wir unsere Informationen gegeben haben. Aber wir haben sie gegeben.

Glaubt mir doch, wir haben sie gegeben ... Wir haben auf vieles aufmerksam gemacht, was heute hier besprochen wurde. Das einzigste [sic!] ist, dass vieles, was wir gemeldet haben, nicht immer berücksichtigt wurde und nicht eingeschätzt wurde.«

Das Ministerium hatte aus seiner Sicht, um einen Lieblingsausdruck der Stasi zu verwenden, »einwandfrei« gearbeitet. Schuld war, wie die in der Normannenstraße es sich einredeten, der Genosse Honecker. Doch mehr als Phrasen standen Mielke nicht zur Verfügung, sodass er sich wiederholte: »Wir haben also in dieser Beziehung tatsächlich das Wichtigste gesehen: Erhaltung des Friedens, Stärkung der Wirtschaftskraft unserer Deutschen Demokratischen Republik, darauf zu achten, dass unsere Werktätigen ihre Sorgen und Nöte mitteilen können. Viele wissen doch, dass sie mit uns gesprochen haben, damit wir das weitergeben können, damit das Beachtung findet. Wir haben in dieser Beziehung *versucht*, nach der Verfassung und nach den bestehenden Gesetzen einwandfrei zu arbeiten.«²⁸

Mielkes Auftritt verbreitete sich wie ein Lauffeuer, der gefürchtetste Mann der DDR hatte sich in der Volkskammer zur Lachnummer gemacht. In der Stasizentrale schlug Mielkes Auftritt ein wie eine Bombe. Alle Versuche, sich als Reformierender, auf den Honecker nur leider nicht gehört hatte, zu präsentieren, hatte Mielkes Gestammel zunichte gemacht. Der noch vor Kurzem allmächtige Minister, soviel stand in der Normannenstraße fest, war nicht mehr zu halten – mehr noch, wollte man als Behörde überleben, musste man sich von Mielke distanzieren und sich von ihm trennen. Den Minister stürzen. Und man fackelte nicht lang. Kollegium, also die Leitung des Ministeriums, und die Parteileitung des MfS sprachen mit Mielke und handelten unmittelbar. Bereits am 14. November schrieb der 1. Sekretär der Kreisleitung der SED im Ministerium für Staatssicherheit, Generalmajor Horst Felber, an alle Mitarbeiter: »Liebe Genossen! Mit tiefer Bestürzung haben wir das Auftreten des Genossen Erich Mielke vor der Volkskammer am gestrigen Abend zur Kenntnis genommen. Das Sekretariat der Kreisleitung hat heute früh in

Übereinstimmung mit der Meinung vieler Genossinnen und Genossen sich von diesen Ausführungen des Genossen Mielke vor dem höchsten Organ des Volkes distanziert.«²⁹

In der Information, die allen Mitarbeitern zugeht, wurde darüber informiert, dass das Kollegium des Ministeriums für Staatssicherheit und das Sekretariat der Parteiorganisation an den Präsidenten der Volkskammer, Günther Maleuda, schreiben wird. Fast zeitgleich ging am 14. November auch der Brief an Maleuda heraus, der die Stellungnahme des Ministeriums zum Auftritt des Ministers und die Bitte enthielt, sie dem Präsidium der Volkskammer und »nach eigenem Ermessen vor der Volkskammer bekanntzugeben«. In der Stellungnahme hieß es: »Mit Betroffenheit und Befremden haben die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit das Auftreten des amtierenden Ministers, Armeegeneral Mielke, vor der Volkskammer am 13. November 1989 zur Kenntnis genommen. Durch seine unzureichenden Darlegungen und Rechtfertigungsversuche, ohne zugleich die politische Verantwortung für die Gesamttätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit persönlich zu übernehmen, ist in der Öffentlichkeit ein falsches Bild über die Tätigkeit und die Haltung der Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit entstanden. Davon distanzieren wir uns entschieden. Wir versichern erneut, dass die Staatssicherheitsorgane sich mit Entschiedenheit zur Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR bekennen, sie engagiert unterstützen und die dazu notwendigen Veränderungen bei sich selbst durchsetzen werden.«³⁰ Mielke sollte »persönlich« die »politische Verantwortung« für alles, was geschehen ist, für die »Gesamttätigkeit« wie ein Sündenbock die Sünden des Ministeriums auf sich nehmen.

Fast 40 Jahre zuvor, am 8. Februar 1950, wurde schon einmal eine Rede in der damals noch Provisorischen Volkskammer gehalten, und zwar vom damaligen Innenminister Karl Steinhoff, vor 1946 SPD, nun SED. Steinhoff sollte bald schon durch Stoph ersetzt werden, weil er Ulbricht und Stalin zu friedlich, zu wenig kriegerisch

war.³¹ Kurz nach 21 Uhr brachte Steinhoff den Entwurf des Gesetzes zur Schaffung eines Ministeriums für Staatssicherheit ein; es sollte aus der Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft, die vom Generalinspekteur Erich Mielke geleitet wurde, und aus dem Kommissariat 5 (K 5) hervorgehen. »Die Tatsache, dass das Haus ohne Diskussion zur Verabschiedung dieses Gesetzes in erster und zweiter Lesung schritt, unterstreicht den Ernst der Situation und die Entschlossenheit der Regierung wie der Volksvertreter, dem Treiben der anglo-amerikanischen Saboteure und Agenten ein schnelles Ende zu bereiten«, stellte das *Neue Deutschland* zufrieden fest.³² Überraschend kam der Antrag nicht, denn die SED führte bereits seit Wochen einen heftigen Propagandafeldzug gegen wirkliche und angebliche Spione, Agenten, Saboteure und feindliche Kräfte und versuchte, eine Hysterie zu entfachen, um von ihren Versorgungsschwierigkeiten, ihren wirtschaftlichen Misserfolgen abzulenken. Umfangreiche Enteignungen und Staatsdirigismus schädigten die wirtschaftliche Entwicklung. Weder Saboteure noch Agenten trugen die Schuld an der schwierigen Situation in der DDR, sondern das Ministerium für Planung, aus dem 1950 die Staatliche Plankommission hervorging. Diese war jedoch vollständig abhängig von den sowjetischen Beratern in Karlshorst und den Politbürokraten der SED, die über die kleinsten Details entschieden – zumeist über Dinge, von denen sie nichts verstanden – und die ihren Voluntarismus mit Phrasen begründeten. Es galt das Primat der Ideologie.

Am 28. Januar 1950 veröffentlichte in der Samstagausgabe des *Neuen Deutschland* der Generalinspekteur der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft, Erich Mielke, ein ganzseitiges Propagandastück, das er Bericht nannte und das den einen Bericht verhöhnenden reißerischen Titel trug: »Gangster und Mörder im Kampf gegen unsere Republik«³³. Der Andersdenkende, der politische Gegner wurde in bolschewistischer Manier im Text kurzerhand zum Kriminellen erklärt. Am Donnerstag davor hatte Mielke seinen »Bericht« der Regierung vorgetragen, die daraufhin beschloss, »alle

wahren Patrioten zu erhöhter Wachsamkeit gegen die Feinde unserer Republik« aufzurufen, und es für »notwendig« hielt, »diese Tatsachen der Öffentlichkeit mitzuteilen«. ³⁴

Mielkes Bericht und der Beschluss der Regierung, der der Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit vorarbeitete, erschien dann auf Seite vier des *Neuen Deutschland* groß aufgemacht. Wor-um es der Regierung ging, daraus machte sie kein Hehl: »Jeder, der den Bericht liest, wird feststellen, mit welcher Skrupellosigkeit die in- und ausländischen Gegner unseres Aufbaus vorgehen, dass es sich bei ihnen um Gangster und Mörder handelt, die unser Leben bedrohen und deshalb mit größter Entschlossenheit unschädlich gemacht werden müssen.« ³⁵ Mielke schimpfte in seinem »Bericht« in einem Stil, der schwer unterscheiden ließ, ob man sich noch in der *Lingua Tertii Imperii* oder schon in der *Lingua Quartii Imperii* ³⁶ befand, wenn der Mann, der nach seinen Worten alle Menschen liebte, sagte: »Seit Bestehen der neuen demokratischen Ordnung und insbesondere seit der Bildung der jungen Deutschen Demokratischen Republik versuchen die aus dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik davongejagten reaktionären, faschistischen, imperialistischen Kräfte und ihre Handlanger – wie auch die im Westen Deutschlands gebliebenen und sich dort sammelnden gleichen Kräfte – gemeinsam mit den in unserer Republik zurückgebliebenen reaktionären Elementen unter Führung, Unterstützung und Organisierung durch die amerikanisch-englischen Imperialisten, die demokratische Entwicklung zu stören und zu behindern. Zu diesem Zweck greifen sie zu den verschiedensten Methoden und Mitteln, wie sie bei Gangstern, Räubern und Mördern üblich sind.« ³⁷

Dass Mielkes und natürlich Ulbrichts Ziel darin bestand, Andersdenkende einzuschüchtern, keinerlei Opposition zuzulassen und vor allem die Bürger, aber auch die Funktionäre der Parteien auf Ulbrichts stalinistische Linie zu zwingen, wird an den Beispielen deutlich, die Mielkes Bericht aufzählte, denn »seit Mai 1945 führt

die deutsche Volkspolizei einen unerbittlichen Kampf gegen diese Feinde des demokratischen Aufbaus und des Friedens«. Es ging also nicht darum, das Recht durchzusetzen, sondern um einen »unerbittlichen Kampf«, eigentlich nicht gegen Mörder oder Diebe, sondern gegen die »Feinde des demokratischen Aufbaus und des Friedens«. Da wurden in Sachsen-Anhalt Mitglieder einer Gruppe verhaftet, die »reaktionäre kriegshetzerische Flugblätter zur Verbreitung unter der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik« vorbereiteten; auch in Sachsen-Anhalt wurde eine »illegale Spionagegruppe verhaftet, bestehend aus Mitarbeitern der Verwaltung der Landesregierung«. Sucht man im Bericht, worin die Spionage bestand oder was die Gruppe auszuspionieren trachtete, so stößt man lediglich auf die Verbreitung von »Broschüren mit antidemokratischem, kriegshetzerischem Inhalt«. Im Grunde handelte es sich um Dinge, die in einem Rechtsstaat unter die Meinungs- und Pressefreiheit fielen, in totalitären Diktaturen aber als Gedankenverbrechen, wie Orwell es nannte, als schlimmste Verbrechen galten.

Mielkes Schlussfolgerungen überraschten dann auch nicht, denn, so der Mann, der alle Menschen liebt: »Zwingen nicht diese Tatsachen, Maßnahmen zu ergreifen, die dem Treiben dieser feindlichen Elemente ein Ende bereiten?« Mielke berief sich auf den stalinistischen Artikel 6 der Verfassung der DDR, in dem es um Hass und Hetze geht: »Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhass, militärische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches.«³⁸ Und dann lässt Mielke die berühmte Katze aus dem noch berühmteren Sack: »Um die volle Wirksamkeit unserer Verfassung zu erhalten, ist es notwendig, diesen Artikel durch die Schaffung geeigneter Organe, die den Kampf gegen Agenten, Saboteure und Diversanten führen, wie auch durch entsprechende Strafgesetze, die der Justiz die Möglichkeit geben, die von diesen Orga-

nen festgenommenen und überführten Täter der gerechten Strafe zuzuführen, zu verwirklichen.«³⁹

Hier wurde bereits die wenige Tage später von der Volkskammer beschlossenen Schaffung des Ministeriums für Staatssicherheit als »geeignetes Organ« vorbereitet. Auch Strafrechtsverschärfungen sollten folgen. Es ging auch nicht um Recht, sondern um Zweckrecht, um Gesetze und Verordnungen, die die Bürger- und Menschenrechte zur freien Verfügungsmasse einer Behörde machten, für die ein eigenes Recht geschaffen werden sollte. In Abwandlung einer Ulbricht-Maxime sollte es rechtstaatlich aussehen, aber die neue Behörde musste freie Hand haben. Wie in totalitären Diktaturen üblich, wurde ergänzend ein Präventivrecht geschaffen, das heißt, jeder Bürger war auf die eine oder andere Weise schuldig, sodass die neue Behörde im Bedarfsfalle auf die Grundsuld des Bürgers zurückgreifen konnte, wenn sie es für zweckmäßig hielt. Der Zweck oder die Erfordernisse des Klassenkampfes gegen rechts, gegen die »reaktionären, faschistischen, imperialistischen Kräfte und ihre Handlanger«, gegen die »Feinde des demokratischen Aufbaus und des Friedens« heiligten die Mittel, denn es lagen eine höhere Notwendigkeit, die alles erlaubte, und eine höhere Ermächtigung vor: »Die Verantwortung gegenüber dem werktätigen Volk forderte, dass alles vonseiten der Deutschen Demokratischen Regierung getan wird, damit auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik solche Verbrecher ein für alle Mal unschädlich gemacht werden. Es muss ferner verhindert werden, dass diese Feinde des Volkes, nachdem ihre Schandtaten aufgedeckt worden sind, durch Flucht nach dem Westen ihre verbrecherische Tätigkeit gegen die demokratischen Kräfte in Westdeutschland und von dort aus gegen die Deutsche Demokratische Republik, die die Basis für die Schaffung der Einheit Deutschlands ist, fortsetzen können. Die Organe der deutschen Volkspolizei sind verpflichtet, den Werktätigen solche Möglichkeiten zu schaffen, die es ihnen gestatten, in Ruhe und Frieden ihrer Arbeit für eine noch raschere Entwicklung und ein

Aufblühen unserer jungen Republik nachgehen zu können. Es gilt, die Werktätigen in Stadt und Land zur erhöhten Wachsamkeit und zum Kampf gegen diesen Abschaum der Menschheit aufzurufen.« Der Mann, der alle Menschen liebt, forderte eine Behörde, die den »Abschaum der Menschheit« »ein für alle Mal unschädlich« machen sollte. Und die Regierung zögerte nicht, denn sie fasste als Antwort auf Mielkes »Bericht« den Beschluss über die Abwehr von Sabotage, in dem es heißt, »dass mit dem Aufstieg unserer Wirtschaft, der Festigung der demokratischen Ordnung und dem Wachsen der Friedensfront sich die Tätigkeit der Agenten, Spione und Saboteure verschärft hat«. ⁴⁰

Interessant ist, dass Stalin in seiner Rede mitten im Großen Terror 1937 auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU ebenfalls Terror und Verfolgung aus dem Schutz des Aufbaus und der Wirtschaft herleitete: »Ein paar Worte über die Schädlinge, Diversanten, Spione usw. Jetzt ist es, glaube ich, für alle klar, dass die heutigen Schädlinge und Diversanten, unter welcher Flagge sie auch immer segeln mögen ... sich in eine prinzipien- und ideenlose Bande berufsmäßiger Schädlinge, Diversanten, Spione, Mörder verwandelt haben. Es ist klar, dass diese Herrschaften schonungslos zerschmettert und vernichtet werden müssen, als Feinde der Arbeiterklasse, als Verräter an unserer Heimat. Das ist klar und bedarf keiner weiteren Erläuterungen.« ⁴¹ Für Mielke, der in Moskau an der Leninschule gelernt hatte, jedenfalls nicht. Und wie Stalin ein Zusammenspiel ausländischer und innerer Feinde, eine große Verschwörung ausmachte, so auch Mielke und die Regierung der DDR im Beschluss: »Dabei ist erwiesen, dass die Sabotagefälle die ideologische Vorbereitung gefunden haben durch die verstärkte feindliche Propaganda, durch Hetznachrichten des *RIAS* und der anderen feindlichen Sender, durch die Verbreitung von illegalen Flugblättern durch offene und geheime Feinde unserer demokratischen Ordnung, die im Bereich unserer Republik wohnen und zum Teil sogar in Staatsstellungen tätig sind. Der Chef der Hauptverwaltung deutsche Volkspolizei

hat gemeinsam mit dem Chef der Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft das Berichtssystem über vorkommende Fälle von Sabotage, Spionage usw. derart zu organisieren, dass in Verbindung mit der Feindpropaganda von außen und der Tätigkeit der Agenten im Lande ständig ein Gesamtüberblick über den Stand der Feindtätigkeit zu ersehen ist. Hieraus müssen dann die operativen Maßnahmen getroffen werden.«⁴² Nichts anderes hatte bereits 1937 der in der DDR vergötterte Stalin verlangt: »Im Gegenteil, je weiter wir vorwärts schreiten, je mehr Erfolge wir erzielen werden, umso größer wird die Wut der Überreste der zerschlagenen Ausbeuterklassen werden, umso eher werden sie zu schärferen Kampfformen übergehen, umso mehr Niederträchtigkeiten werden sie gegen den Sowjetstaat begehen, umso mehr werden sie zu den verzweifeltsten Kampfmitteln greifen, als den letzten Mitteln zum Untergang Verurteilter.«⁴³

Doch letztendlich ging es Mielke und auch Ulbricht wie schon Stalin darum, die wirtschaftlichen Misserfolge, die Mangelsituation »Schädlingen, Diversanten, Spionen, Mördern« bzw. den »reaktionären, faschistischen, imperialistischen Kräften und ihren Handlangern«, den »Feinden des sozialistischen Aufbaus«, in die Schuhe zu schieben, politisch Andersdenkende zu verfolgen, andere durch Einschüchterung auf Ulbrichts Linie zu zwingen und nebenbei die persönliche Macht auszubauen und zu festigen. Mielke stellte sich damals schon vor, wie er 1989 vor der Volkskammer sagte, »einen außerordentlich hohen Kontakt zu allen werktätigen Menschen«⁴⁴ herzustellen, indem ein umfangreiches Netz von Informanten aufgebaut wurde. Hierfür bildete der Beschluss der Regierung auf der Grundlage von Mielkes Bericht am 28. Januar 1950 die Voraussetzung: »In allen Ministerien der Republik und der Länder sowie in allen nachgeordneten Dienststellen und volkseigenen Betrieben ist mit der Stellungnahme zum Bericht über den Wirtschaftsplan 1949 und den Plan 1950 auf die Feindtätigkeit hinzuweisen. Alle Angestellten des Staatsapparates sowie alle wahren Patrioten sind zur ver-

stärkten Wachsamkeit gegen die Feinde unserer Ordnung aufzurufen.«⁴⁵ Zur Wachsamkeit, zur Denunziation, zur Mitarbeit.

Noch wurde Erich Mielke 1950 nicht Minister, die Sowjets wollten Wilhelm Zaisser haben, doch als Stellvertreter im Range eines Staatssekretärs konnte Mielke beginnen, im Ministerium für Staatssicherheit seine persönliche Macht zu etablieren, und er tat es fleißig, wieselflink, skrupellos, niederträchtig und mit wirklich allen Mitteln. Dass Wilhelm Zaisser statt Erich Mielke Minister für Staatssicherheit wurde, hatte vor allem daran gelegen, dass die Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit unter Patronage und Kontrolle des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes erfolgte. Und Lawrenti Berias Gewährsmann war Wilhelm Zaisser, der als Minister über einen persönlichen Kurier Beria auf dem Laufenden hielt. Beria, der bis 1946 Minister für Staatssicherheit war, 1946 Vollmitglied im Politbüro wurde, gehörte neben Molotow und Mikojan zu den ständigen Begleitern Stalins. Das nach sowjetischem Vorbild gegründete Ministerium für Staatssicherheit geschah unter strenger sowjetischer Kontrolle. Die sowjetischen Instrukteure kontrollierten die Arbeit der Deutschen auf allen Ebenen und trafen häufig auch die letzten Entscheidungen, wurden aber in den Protokollen nicht beim Namen, sondern allgemein als »verantwortliche sowjetische Genossen Berater« benannt.

Weil aber die Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit wie jede andere eine Geschichte voller Geschichten ist, wird es in diesem Buch vorrangig um Schicksale gehen, um Menschen, die das Ministerium zu dem gemacht haben, was es wurde, eine kalte Bürokratie zur vollkommenen Kontrolle des öffentlichen und privaten Lebens, zum persönlichen Machterhalt des Parteichefs, erst Ulbrichts, dann Honeckers, zur Unterdrückung der Meinungs- und Pressefreiheit, der Freizügigkeit, kurz zur Durchsetzung totalitärer Herrschaft. Darüber hinaus wird das Buch von Opfern des Machtapparats handeln, aber auch von Opfern, die zu Tätern, und von Tätern, die zu Opfern

geworden sind. Zum Schutz der Opfer, aber auch aus angebrachter Diskretion ihren Verwandten und ihren Kindern und Kindeskindern gegenüber wird, wenn es sich nicht um Personen der Öffentlichkeit oder um Mitarbeiter des Ministeriums handelt, mit Initialen gearbeitet.

Sowohl die Geschichte der DDR als auch die Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit lässt sich grob in drei große Abschnitte einteilen, nämlich von der Gründung 1949 bis zum Mauerbau am 13. August 1961, vom Mauerbau bis zum VIII. Parteitag und dem Ende von Ulbrichts Herrschaft 1971 und schließlich von 1972 bis 1989, die Jahre der Herrschaft von Erich Honecker. Im Epilog wird der Frage nachgegangen, ob die Stasi das Jahr 1990 überlebt hat.

Man wird Entstehung, Eigenheit und Entwicklung des MfS nicht verstehen, wenn man nicht die Geschichte der Männer kennt, die das Ministerium geprägt haben, die Lebens- und vor allem Entwicklungsgeschichte von Wilhelm Zaisser, Ernst Wollweber, Richard Stahlmann und natürlich Erich Mielke.



II.
**»SO, AUS
LENINSCHEM GEIST,
WÄCHST VON STALIN
GESCHWEISST.«**

**DAS ERSTE DEZENNium:
1950 BIS 1961**

*Im Laufe des Krieges, während 20 Millionen Menschen
hingeschlachtet wurden, sind wir alle etwas verroht.
Wir schätzen das menschliche Leben nicht mehr so sehr.
Die proletarische Revolution kommt mit Strömen von
Blut, nach schrecklichen Geburtswehen, die Menschheit ist
verroht. Man hat sich gewöhnt, mit der Flinte aufeinander
loszugehen ... Nun, wenn es Ihnen um die proletarische
Revolution und Diktatur ernst ist, dann müssen sie den
Terror schon mit in Kauf nehmen, es geht nicht anders.»⁴⁶*

GRIGORI J. SINOWJEW (1920 IN HALLE)

4. »Zeige dein Gesicht nicht / Sondern / Verwisch die Spuren!«

Gründung, Entwicklung und Eigenart des Ministeriums für Staatssicherheit, Kodex und Routine zu verstehen, das setzt die Erkenntnis voraus, dass dieses Ministerium von Kommunisten gegründet wurde, Mitgliedern der KPD, die in ihrem bisherigen Leben wie alle aktiven Mitglieder der KPD und ab 1946 natürlich der SED kaum etwas anderes getan hatten, als gegen die Demokratie zu kämpfen. Als Mitglied der Komintern stand die KPD nicht im Dienste Deutschlands, sondern im bedingungslosen Dienst der Weltrevolution, im Dienst der Interessen Moskaus. Der kommunistische Dichter Erich Weinert hatte das 1927 in dem Gedicht »Der heimliche Aufmarsch« in die Formel gepresst: »Dann steigt aus den Trümmern der alten Gesellschaft / Die sozialistische Weltrepublik!«

Erwartet wurde nichts Geringeres als Kadavergehorsam gegenüber der Partei, was konkret bedeutete den führenden Genossen gegenüber, seit Stalins Herrschaft dem führenden Genossen gegenüber. Infolgedessen stellte die Gründung der Tscheka in Sowjetrussland und 32 Jahre später die Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR grosso modo nichts anderes dar, als die Übertragung der Prinzipien der Partei neuen Typs auf die gesamte Gesellschaft und ihre Überwachung und Durchsetzung. Das Ministerium für Staatssicherheit wirkte als Instrument der Partei, empfand sich auch als Schwert und Schild der Partei. Bei Lichte besehen, wurde das Ministerium für Staatssicherheit sukzessive Schwert und Schild der persönlichen Diktatur des führenden Genossen, für

die DDR erst Ulbrichts und dann Honeckers. Gerade in Verfahren, die gegen hohe Mitglieder der SED geführt worden waren, zeigen die Verhörprotokolle und die Urteile, dass es um Delikte ging, die in demokratischen Staaten nicht als Verbrechen oder Gesetzesbruch gelten, sondern als normale innerparteiliche Diskussionen. Doch in kommunistischen Diktaturen stellen diese Diskussionen Tatbestände dar, weil keine Trennung zwischen Partei und Staat erfolgte. Die Partei selbst funktionierte als streng zentralistisch geführte Kaderpartei, die straff von oben durch das Prinzip der Nomenklatura organisiert war, wie es auch für die Kaderpolitik des Ministeriums für Staatssicherheit galt. Für die kommunistischen Parteien, eben auch für die KPD und dann für die SED, kam dem dritten Rom, Moskau, die erste und letzte Autorität zu: *Moscovia locuta, causa finita*.

Gegründet von Lenin und Trotzki 1919, folgte die Komintern als Dritte Internationale zunächst tatsächlich den Vorstellungen der kommunistischen Weltrevolution, der Doktrin des kommunistischen Manifests verpflichtet, in dem es apodiktisch hieß: »Die Arbeiter haben kein Vaterland.«⁴⁷ Nach dem Bürgerkrieg und dem Ende des Kriegskommunismus 1921 trat zur Vorstellung der kommunistischen Weltrevolution die Doktrin, dass die Belange Sowjetrusslands die Belange der Weltrevolution seien, das heißt, neben das sehr allgemeine und schematische Konzept der kommunistischen Weltrevolution trat die konkrete Pflicht aller Parteien, die der Komintern angehörten, alles für den Schutz Sowjetrusslands zu unternehmen. Mit Lenins Tod 1924 und Stalins Sieg über Trotzki 1925 wurden die Parteien der Komintern gleichgeschaltet und Stalins Willkür und außenpolitischen Interessen unterworfen. Der kommunistische Dichter Erich Weinert formulierte in seinem Gedicht in einer Art Innensicht schnörkellos die banale Leitlinie deutscher Kommunisten: »Das ist der Krieg der Herrscher der Welt/Gegen die Arbeiterklasse/Denn der Angriff gegen die Sowjetunion/Ist der Stoß ins Herz der Revolution!«⁴⁸

Die Männer der ersten Stunde des neuen Ministeriums, die es prägten, wie Wilhelm Zaisser, Ernst Wollweber, Richard Stahlmann (d. i. Artur Illner) und Erich Mielke, gehörten dem Militärischen Apparat der KPD an, dem M-Apparat, wurden in der Sowjetunion ausgebildet, hatte in Spanien oder anderswo gekämpft. Einige Kommunisten nahmen auch als Instruktoren der Komintern an Maos Langem Marsch teil. Menschenleben galten ihnen wenig, der Kommunismus und persönliche Macht alles. Dafür waren sie bereit, alles zu opfern. Die schlimmste Strafe erblickten sie darin, aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen zu werden. Ihr zuliebe verleugneten sie sogar sich selbst und ihre nächsten Angehörigen.

Der kommunistische Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski, der während der Herrschaft des Nationalsozialismus im englischen Exil lebte, erzählte in seinem Erinnerungsbuch *Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch* eine geradezu typische Geschichte. Hermann Duncker, Sozialdemokrat, Kampfgefährte von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Mitbegründer der KPD, Lehrer von Wilhelm Pieck, der sich 1938 in England aufhielt, bevor er über Frankreich in die USA ging, hatte zwei Söhne. Der jüngere Sohn, Wolfgang, lebte in Moskau und arbeitete für den Film. Unter dem Vorwand, gegen Spione und Saboteure vorzugehen, die für das Deutsche Reich arbeiten würden, richtete sich Stalins Terrorwelle im Rahmen der »Großen Reinigung« gegen Deutsche, die in die Sowjetunion gekommen waren, um beim sozialistischen Aufbau zu helfen, die die sowjetische Staatsbürgerschaft besaßen, und gegen deutsche Emigranten. Gleisnerisch hieß es in Stalins Geheimbefehl Nr. 00439 vom 25. Juli 1937⁴⁹, mit dem der stalinistische Terror auf die deutsche Emigration und auf Deutschstämmige zwischen Juli 1937 bis August 1938 im Rahmen der »Deutschen Operation« des NKWD ausgedehnt wurde: »Durch Agentur- und Untersuchungsmaterial der letzten Zeit ist bewiesen, dass der deutsche Generalstab und die Gestapo in breitem Maße Spionage und Spionagetätigkeit in den wichtigsten und vor allem in den Betrieben der Verteidigungs-

industrie betreiben und zu diesem Zweck die dort sesshaft gewordenen deutschen Staatsangehörigen nutzen.«⁵⁰

Margarete Buber-Neumann erzählte in ihrem Erlebnisbericht von der deutschen Kommunistin Änne Krüger, die das NKWD mit ihrem Mann in der Nacht zum 7. November, dem Jahrestag der russischen Revolution, verhaftete. Vorgeworfen wurde ihr konterrevolutionäre Agitation. In einem Gespräch über Ausweisungen nach Deutschland sagte sie zu einem jungen Arbeiter: »Du könntest ruhig nach Deutschland zurückgehen, du warst nicht in der KPD und bist ganz unbelastet.« Diese Unterhaltung hörte ein anderer deutscher Arbeiter und denunzierte sie beim NKWD. Darauf folgten Verhaftung und Anklage. Sie wurde »zu fünf Jahren Konzentrationslager verurteilt«.⁵¹ Buber-Neumann berichtete: »Änne Krüger und ich traten gemeinsam den langen Weg nach Südsibirien in das Lagergebiet von Karaganda in der kasachischen Steppe an. Ich verließ Karaganda nach zwei Jahren, 1940, um nach Deutschland ausgeliefert zu werden. Änne Krüger blieb da. Und jetzt, vor etwa einem Jahr, schrieb sie den ersten Brief nach Hause, und dieser Brief kam aus Karaganda. 18 Jahre hat also die im November 1937 aus einem ganz nichtigen Grunde Verhaftete in der Hölle von Karaganda zugebracht. Zwar lebt sie jetzt nicht mehr als Gefangene im Lager, sondern als sogenannte freie Verbannte in der Stadt Karaganda, aber sie hat das Lager nicht etwa nach Ablauf einer Haftzeit von fünf Jahren, wie ihr Urteil es vorsah, verlassen, sondern nach 14 Jahren, nunmehr vor vier Jahren. Mit 14 Jahren Zwangsarbeit musste die unglückliche Frau für einen einzigen harmlosen Satz bezahlen. ... Und in Mannheim-Viernheim, der Heimatstadt Änne Krügers, warten die Verwandten seit Jahr und Tag auf ihre Rückkehr. Das Leben eines völlig harmlosen Menschen ist ohne jeden stichhaltigen Grund zerbrochen worden.«⁵²

Das Schicksal von Änne Krüger war kein »Einzelfall«. Zwischen Juli 1937 und August 1938 wurden im Rahmen der »Deutschen Operation« des NKWD 55 005 Deutsche und Deutschstämmige ver-

haftet, 41 898 erschossen und 13 107 zu 5 bis 10 Jahren Zwangsarbeit im Gulag verurteilt. Wolfgang Duncker verhaftete das NKWD am 23. März 1938, und am 8. Juni 1938 verurteilte Stalins Justiz Wolfgang Duncker als »Anhänger Bucharins« zu acht Jahren Arbeitslager. Die KPD schloss ihn aus der Partei aus. Als Politischer Leiter der im englischen Exil lebenden KPD-Mitglieder bekam Jürgen Kuczynski den Parteiauftrag, sich um Hermann Duncker zu kümmern, vor allem dafür zu sorgen, dass der Mitbegründer der KPD keine »politischen Schwierigkeiten« machte. Kuczynski berichtete: »Als ich ihn nach einer Stunde verließ, hatte er sich ein wenig beruhigt, weinte nur noch leise vor sich hin, streichelte mir die Hand und sagte: ›Sicher hast du recht, sicher macht die Sowjetjustiz keine Fehler, aber du verstehst, wie schwer es für mich ist, an den Verrat meines Sohnes und des alten guten Freundes Bucharin zu glauben.«⁵³ Laut Rotem Kreuz soll Wolfgang Duncker am 20. November 1942 im Arbeitslager Workuta umgekommen sein. Das hielt den Kommunisten Hermann Duncker nicht davon ab, aus dem amerikanischen Exil 1947 nach Ostberlin zurückzukehren und dort letztlich der SED und Ulbricht als Rektor Gewerkschaftshochschule »Fritz Hackert« zu dienen.

Wie sich die Führung der KPD, Ulbricht und Pieck, zur Verhaftung ihrer Genossen in Moskau verhielt, illustriert am besten eine von vielen Episoden, die der Schriftsteller Willi Bredel Walter Janka schilderte. Bredel und Janka kannten sich aus dem Spanienkrieg, nur dass Bredel 1938 nach Moskau zurückkehrte und Janka nach Internierung in Frankreich die Flucht nach Mexiko gelang. Im Jahr 1938 stieß Willi Bredel auf der Straße auf eine Frau, die ihre Dienste als Prostituierte anbot. Wie überrascht war er, dass er diese Frau kannte, denn vor ihm stand die Ehefrau eines Redakteurs einer kommunistischen Zeitung, mit dem Bredel seinerzeit in Hamburg zusammengearbeitet hatte. Auf Bredels entsetzte Frage antwortete sie, dass sie ihr Kind doch nicht verhungern lassen kann. Sie lebte in einem düsteren Zimmer, das durch einen Vorhang geteilt wur-

de. Nach der Verhaftung ihres Mannes bekam sie als Frau eines »Spions« und »Volksfeindes« weder Unterstützung noch Arbeit und wurde überall abgewiesen. Niemand wollte riskieren, mit ihr in Verbindung gebracht zu werden. Es galt die Kontaktschuld. Bredel gab der Frau alles Geld, das er bei sich trug, und versprach ihr, mit Ulbricht zu reden. Das Kind nahm er zu sich. Zwei Tage später wurde Bredel zu Ulbricht gerufen ... Gut gelaunt machte er sich auf den Weg. Er wollte die Gelegenheit nutzen, um mit Ulbricht auch über den verhafteten Genossen zu sprechen. In seiner hinterhältigen Art begann Ulbricht das Gespräch mit den Worten: »Wie ich höre, hast du ein Kind bei dir. Bist du dir klar, was du da tust?« Dann wies er Bredel an: »In die Maßnahmen der sowjetischen Sicherheitsorgane mischen wir uns nicht ein. Das Kind wirst du noch heute dort abliefern, wo du es hergeholt hast.« Und drohte: »Es täte mir leid, wenn du dich in den Verdacht bringst, gemeinsame Sache mit Spionen zu machen.« Bredel erwiderte verzweifelt: »Aber das Kind hat doch mit Spionage nichts zu tun. Lass mich wenigstens für das Kind sorgen.« Ulbricht wischte den Einwand vom Tisch: »Für Gefühlsausbrüche bin ich nicht zuständig. Schon gar nicht für Familien von Verrätern und Spionen ... Einen Tag später wurde die Frau mit ihrer kleinen Tochter deportiert. Bredel hat nie wieder etwas von ihr gehört. Auch von der Tochter nicht. Nur über den Mann bekam er Auskunft. Von Ulbricht persönlich. Das Urteil lautete: Todesstrafe durch Erschießen. Und der alte Freund wurde erschossen.«⁵⁴

Am 15. August 1937 erließ das NKWD den Befehl Nummer 486 »Über die Operation zur Repressierung (Unterdrückung, Maßregelung) der Ehefrauen und Kinder von Vaterlandsverrätern«⁵⁵. Auf der Grundlage dieses Befehls wurden Ehefrauen, aber auch Lebenspartnerinnen und Kinder ab 15 Jahren von »Volksfeinden« oder »Vaterlandsverrätern« mit Arbeitslager von 5 bis 8 Jahren bestraft. Es galt Kontaktschuld und Sippenhaft. Kinder unter 15 Jahren wurden von ihren Eltern getrennt, in weit entfernt liegende Kinderheime verbracht und der »Gehirnwäsche« unterzogen.

Bredel blieb trotz dieses und anderer Erlebnisse Kommunist, Janka auch, ebenso Werner Eberlein, ein hoher SED-Funktionär, dessen Vater Hugo Eberlein den Spartakusbund und die KPD mitbegründet hatte und in Moskau 1941 erschossen wurde. In einem Brief an seine Lebensgefährtin Charlotte Scheckenreuter schrieb Hugo Eberlein aus dem Gefängnis: »Nach der Verhaftung saß ich bis zum 19.1.1938 ohne jegliches Verhör in Haft. Am 19. Januar 1938 begann das Verhör, das ununterbrochen zehn Tage und Nächte dauerte. Ich musste ohne Schlaf und fast ohne Nahrung die ganze Zeit stehen. Das Verhör bestand in der Erhebung der sinnlosesten Anschuldigungen und wurde durch solche Faust- und Fußschläge begleitet, dass ich nur unter schrecklichsten Schmerzen stehen konnte. Die Haut platzte, in den Schuhen sammelte sich Blut. Einige Male wurde ich ohnmächtig. Dann fiel ich um und wurde abtransportiert. Als ich wieder zu mir kam, musste ich sofort wieder stehen. Man verlangte von mir, ein Geständnis zu unterschreiben, dass ich Spion und Terrorist bin und dass ich für Pjatnizki den Block der Rechten und Trotzlisten organisierte. Davon ist kein Wort wahr. Ich weigerte mich, die Anschuldigungen zu unterschreiben. ... Es gab Tage, an denen man mir drei bis vier Morphiumspritzen verabreichte, aber danach wurden die Verprügelungen fortgesetzt. In einem solchen Zustand der Unzurechnungsfähigkeit begann ich unter dem Diktat der Untersuchungsleiter allerlei Anschuldigungen zu schreiben ... Im Februar 1939 wurde ich zum zweiten Mal ins Lefortowo-Gefängnis eingesperrt, und man begann mit neuen Foltern. Einige Tage danach, am 5. Mai 1939, kam ich vor das Militärkollegium. Die Gerichtsverhandlung dauerte drei bis vier Minuten, und ich wurde zu 15 Jahren Lagerhaft verurteilt [...] Ich war seltsamerweise nach diesem Urteil sogar froh, da die Prügeleien und die Folter aufhörten.« Nachdem Hugo Eberlein nach Workuta transportiert wurde, holten ihn Stalins Schergen 1941 nach Moskau zurück, stellten ihn erneut vor Gericht, verurteilten ihn am 30. Juni 1941 zum Tod durch Erschießen und ermordeten ihn schließlich am 16. Oktober 1941 in

Moskau.⁵⁶ Pieck, der mit Eberlein befreundet, mit ihm im Spartakusbund war und die KPD mitgegründet hatte, hatte den Brief gesehen. Und? Und nichts. Zu Eberlein hatte er noch 1937 zur Verhaftung von Hermann Remmele gesagt: »Sei doch froh, dass wir solche Schweinehunde wie diesen Hermann auf diese Weise endlich loskriegen.«⁵⁷ Am 1. Juni 1945 kehrte Pieck nach Berlin zurück – mit klaren Instruktionen Stalins.

Wenn man bedenkt, dass im Frühjahr 1945 die Sowjets die Gruppe Ulbricht nach Berlin, die Gruppe Sobottka nach Schwerin und die Gruppe Ackermann nach Dresden schickten, weiß man, wodurch und wovon die deutschen Kommunisten, die aus Moskau kamen und in der SBZ unter den Russen die Macht übernahmen, geprägt worden waren. Kaum einer unter ihnen hatte nicht Freunde und Genossen auf die eine oder andere Art verraten. Zu Stalins besten Schülern im Moskauer Exil wurden allerdings Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck. Wie Ulbricht es von Stalin gelernt hatte, sollte das Ministerium für Staatssicherheit bald schon zu seinem Machtinstrument im innerparteilichen Machtkampf und zur Festigung seiner persönlichen Diktatur werden.

Die erste Führung des Ministeriums, Zaisser, Wollweber, Stahlmann, Beater, kam aus dem sowjetischen Exil oder aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft; manche hatten auch wie Mielke an der Leninschule in Moskau gelernt. Die Besonderheit des Ministeriums für Staatssicherheit bestand in der Verbindung aus leninschem Terrorismus, stalinistischer Skrupellosigkeit und deutschem Bürokratismus. Leit- und Vorbild für sie waren die sowjetischen Staatssicherheitsorgane, die ihren Anfang in der berühmten Tscheka fanden. Das Kürzel Tscheka stand für *Всероссийская чрезвычайная комиссия по борьбе с контрреволюцией, спекуляцией и саботажем* (Allrussische außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage). Die Tscheka wurde am 20. Dezember 1917 von dem polnischen Adligen und Bolschewisten Feliks E. Dzierżyński gegründet. So wie Lenin, Trotzki und Stalin

hatte auch Dzierżyński in Verbannung und Verfolgung gelebt. Von den gut zwanzig Jahren, die er sich als Berufsrevolutionär betätigte, verbrachte er rund 11 Jahre in Exil, Verbannung, Gefängnis und Straflager. Was Lenin, Trotzki, Stalin, Bucharin, Sinowjew, Kamenew u. a. und eben auch Dzierżyński »Revolution« nannten, worüber sie pompöse Theorien fabrizierten – und ihre Nachfolger und Epigonen auch –, stellte im Grunde eine mit den höchsten moralischen Weißen versehene Mischung aus Verschwörung und Putschismus dar. Darin bestand auch der tiefere Sinn der Gründung einer politischen Polizei, die für sie über dem Gesetz steht, nämlich in der Bekämpfung von Pluralität, Meinungsfreiheit, Andersdenkenden und Oppositionellen. Stalins Lieblingsvorstellung beinhaltete nicht das Plurale, sondern das Monolithe, das in leninscher Diktion demokratischer Zentralismus genannt wurde. Von Anfang an ging es um die skrupellose, brutale Durchsetzung des eigenen Herrschaftsanspruchs. Dzierżyński formulierte es für die Tschecha schnörkellos: »Die Tschecha ist der Schutzschild der Revolution wie der Roten Armee. Und wie die Rote Armee im Bürgerkrieg nicht anhalten und danach fragen kann, ob sie etwa einzelnen Individuen Leid zufügt, sondern lediglich eines im Auge haben muss, nämlich den Sieg der Revolution über die Bourgeoisie, so muss die Tschecha die Revolution verteidigen und den Feind bezwingen, selbst wenn ihr Schwert gelegentlich auf Unschuldige niedergeht.«⁵⁸ Aus »gelegentlich« wurde schon zu Dzierżyńskis Zeit, schlimmer aber noch unter Stalin »hauptsächlich«. Grigori J. Sinowjew, Mitglied des engsten Führungszirkels der russischen Kommunisten, veröffentlichte in der Zeitschrift *Severnaja Kommuna* im September 1918 folgende Instruktion: »Von der einhundert Millionen zählenden Bevölkerung Sowjetrusslands müssen wir 90 Millionen mit uns nehmen. Was den Rest angeht, so haben wir ihm nichts zu sagen. Er muss vernichtet werden.«⁵⁹ Im Jahr 1936 wurde er selbst »vernichtet« im Hauptsitz des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes, in der Lubjanka, weil Stalin ihm nichts mehr zu sagen hatte.

Martin Latsis, Stellvertretender Chef der Tscheka, stellte einen Monat später im November 1918 in der Zeitschrift *Roter Terror* klar: »Wir kämpfen nicht gegen Einzelpersonen. Wir vernichten die Bourgeoisie als Klasse. Suchen Sie in den gesammelten Unterlagen nicht nach Beweisen dafür, dass ein Verdächtiger gegen die sowjetischen Machthaber gehandelt oder sich geäußert hat. Die erste Frage, die Sie ihm stellen sollten, ist: Welcher Klasse gehört er an? Woher kommt er? Welcher Bildung ist er nachgegangen? Welchen Beruf übt er aus? Diese Fragen sollten über sein Schicksal entscheiden. Das ist das Wesen des Roten Terrors.«⁶⁰ In der sogenannten »Letztischen Operation« wurde Latsis am 29. November 1937 verhaftet und 1938 auf dem Schießplatz Butowo als Verschwörer und Mitglied in einer »konterrevolutionären und nationalistischen Organisation« erschossen.

Der Historiker Jörg Baberowski schrieb zurecht über die Tsche-kisten: »Verrohte Matrosen und Soldaten, die in ihrem Hass auf Brillenträger, Gebildete, Liberale und Wohlgenährte alle Maßstäbe verloren, die sich die Welt nur als immerwährendes Spektakel der Gewalt vorstellen konnten, Kriminelle, Hooligans und psychisch Kranke – aus diesem Kreis rekrutierte die Tscheka ihren Nachwuchs [...] Überall, wo Tsche-kisten im Dienst der Revolution den Klassenfeind vernichteten, kam es zu unbeschreiblichen Grausamkeiten, die von der bolschewistischen Dramaturgie schon nichts mehr erkennen ließen. Die Opfer wurden in siedendes Wasser geworfen, gehäutet, gepfählt, bei lebendigem Leib verbrannt oder begraben oder in winterlicher Kälte nackt auf die Straße getrieben und mit Wasser über-gossen, bis sie zu Eissäulen erstarrten [...] Nirgendwo aber tobte der Terror unerbittlicher als in der Donbass-Region. In Kamensk, einer Siedlung östlich von Lugansk, hieben die Roten Garden die weißen Offiziere, die in ihre Hände gefallen waren, mit ihren Säbeln in Stücke. Die Gesichter der misshandelten Offiziere seien nur noch eine ›Masse blutigen Fleisches‹ gewesen, wie sich ein ausländischer Beobachter erinnert.«⁶¹ Das hinderte aber deutsche Schriftsteller nicht,

die russische Revolution zu bewundern, und der junge Johannes R. Becher dichtete: »Im Osten wächst das Licht. Der Dichter streue/sich schwellend dir entgegen. Weiche Nacht.«⁶²

In dieser Tradition sah sich das Ministerium für Staatssicherheit und vor allem Erich Mielke. Gern und oft bezeichnete man sich dort als Tschekist, und das Wachregiment des Ministeriums wurde nach dem »eisernen Feliks« benannt. Der schlimmste Tadel, den sich ein Mitarbeiter des Ministeriums einhandeln konnte, lautete, dass das eines Tschekisten unwürdig sei, was er getan oder wie er sich verhalten hatte. Am 15. Dezember 1977 geriet Mielke wieder einmal ins Schwärmen, als er auf einer Festveranstaltung des MfS zum 60. Jahrestag der Bildung der Tscheke sagte: »In der fast dreißigjährigen Geschichte unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht haben die Grundsätze und Erfahrungen der Tscheke im Kampf für den zuverlässigen Schutz unserer Republik gegen Konterrevolution und imperialistische Reaktion erneut eine überzeugende Bestätigung gefunden.«⁶³ Eindeutig ging es nicht darum, im Dienste des Staates, im Dienste der Volkskammer, im Dienste der Menschen zu handeln, sondern im Dienste der Partei. So zitierte Mielke den »Genossen Latsis«, den »Kampfgefährten Dzierżyńskis«, dass die Direktiven der Partei das Entscheidende waren, weil es um die »konsequente Verwirklichung der Diktatur des Proletariats« ging, darum »alle Schritte der Revolution und des sozialistischen Aufbaus vor den Angriffen der äußeren und inneren Feinde« zu sichern. »Immer auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei handelnd, trugen die Tschekisten mit ihren spezifischen Mitteln und Möglichkeiten dazu bei, die Generallinie der Partei zu verwirklichen.«⁶⁴

Die Partei aber hatte mit der einst von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründeten Organisation nichts mehr zu tun. Sie war jetzt, auch die SED, nach Lenins Theorie und Vorgabe und Stalins Brutalisierung eine »Partei neuen Typs«, eine kommunistische Kaderpartei, deren innerparteiliches Prinzip nicht Demokratie, sondern Kadavergehorsam lautete. In der Schrift »Was tun.

Brennende Fragen unserer Bewegung« definiert Lenin dieses Gemisch aus Selbstermächtigung, Putschismus und Verschwörertum: »Das einzige ernste Organisationsprinzip muss für die Funktionäre unserer Bewegung sein: strengste Konspiration, strengste Auslese der Mitglieder, Heranbildung von Berufsrevolutionären. Sind diese Eigenschaften gegeben, so ist noch etwas Größeres gesichert als der ›Demokratismus‹, nämlich: das volle kameradschaftliche Vertrauen der Revolutionäre zueinander ... dass eine aus wirklichen Revolutionären bestehende Organisation vor keinem Mittel zurückschrecken wird, wenn es gilt, sich von einem untauglichen Mitglied zu befreien. Und außerdem gibt es ja bei uns eine ziemlich entwickelte, bereits ihre eigene Geschichte aufweisende öffentliche Meinung der russischen (und der internationalen) revolutionären Kreise, die mit schonungsloser Härte jede Verletzung der Pflichten der Kameradschaft straft ...«⁶⁵

Die Konsequenz dieses Denkens hat der kommunistische Dichter Bertolt Brecht in dem Lehrstück »Die Maßnahme« deutlich und auch zustimmend vorgeführt:

Der zweite Agitator: »Aber auch wenn er nicht einverstanden ist, muss er verschwinden, und zwar ganz.«

Erster Agitator zum jungen Genossen: »Wenn du gefasst wirst, werden sie dich erschießen. Und da du erkannt wirst, ist unsere Arbeit verraten. Also müssen wir dich erschießen und in die Kalkgrube werfen, damit der Kalk dich verbrennt. Aber wir fragen dich: Weißt du einen Ausweg?«

Der junge Genosse: »Nein.«

Die drei Agitatoren: »So fragen wir dich: Bist du einverstanden?«
Pause.

Der junge Genosse: »Ja.«

Die drei Agitatoren: »Wohin sollen wir dich tun«, fragten wir ihn.

Der junge Genosse: »In die Kalkgrube«, sagte er.

Die drei Agitatoren: »Willst du es allein machen?«

Der junge Genosse: »Helft mir.«

Die drei Agitatoren: »Lehne deinen Kopf an unsern Arm. Schließ die Augen.«

Der junge Genosse *unsichtbar*: Er sagte noch: »Im Interesse des Kommunismus. Einverstanden mit dem Vormarsch der Proletarischen Massen aller Länder. Ja sagend zur Revolutionierung der Welt!

Die drei Agitatoren: »Dann erschossen wir ihn und warfen ihn hinab in die Kalkgrube. Und als der Kalk ihn verschlungen hatte, kehrten wir zurück zu unserer Arbeit.«⁶⁶

Man könnte einwenden, dass der rote Terror eine Folge des Bürgerkrieges und eine Methode im Kriegskommunismus war, doch sollte es danach nicht besser werden, mehr noch, der Terror wurde zum Mittel der Herrschaftssicherung und erreichte in den 1930er-Jahren einen ersten Höhepunkt.

Für die deutschen Kommunisten, besonders für die Mitglieder des M-Apparats, wurde 1924 ein Lehrgang an der Moskauer Leninschule eingerichtet. Das Ziel bestand darin, militärische Kader für den Aufstand in Deutschland auszubilden. Zu ihnen gehörten der erste Chef des MfS, der legendäre Wilhelm Zaisser, und der eigentliche Agentenchef der Stasi Richard Stahlmann (Artur Illner), aber eben auch die späteren Leiter des M-Apparats Hans Kippenberger und Heinz Neumann. Kippenberger verhaftete das NKWD im November 1936 in Moskau und erschoss ihn am 3. Oktober 1937 als angeblichen »Reichswehragenten«. Seine Frau, Thea Kippenberger, von der er schon 1930 geschieden wurde, verhaftete das NKWD im Frühjahr 1937. Sie starb 1939 in der Haft. Beide Töchter, die Stalins Schergen nach Sibirien verschleppten, gelang die Ausreise in die DDR erst 1958.

Der Grund für die Verurteilung Kippenbergers als Agenten, der spioniert und Terroranschläge gegen die Sowjetunion geplant haben soll, bestand nicht in den hanebüchenen und aus der Luft gegriffenen Behauptungen, sondern weil er sich in Moskau gegen Ulbricht

gestellt hatte und dessen Machtergreifung in der KPD zu verhindern suchte, die er für schädlich für die Partei hielt. Aus diesem Grund wirkte Ulbricht immer mit dem dubiosen Pieck im Hintergrund dafür, dass 1937 der M-Apparat der KPD aufgelöst wurde. Heinz Neumann wurde im Rahmen der »Deutschen Operation« am 27. April 1937 verhaftet und am 26. November 1937 erschossen. Seine Frau, Margarete Buber-Neumann, lieferte das NKWD nach Verhaftung und Haft im Straflager von Karaganda 1940 an die Nationalsozialisten aus, die sie ins KZ Ravensbrück deportierten. Buber-Neumann schrieb über Ulbricht: »Aber, wird man mir entgegenhalten, es hat auch Schicksale deutscher Kommunisten in der Sowjetunion gegeben, die ganz anders verliefen. Allerdings. Es gab solche, die davorkamen. Es gab Überlebende, die noch heute überzeugte Kommunisten sind. Aber durch welche Opfer wurde dieses Überleben erkaufte, welche Opfer an Selbstachtung, Würde und Persönlichkeit! Gewiss, es gab kommunistische Funktionäre vom Schlage eines Ulbricht, die von Anfang an charakterlose Intriganten und Emporkömmlinge waren. Es gab aber auch solche, die erst im Laufe der Zeit zerbrachen. Immer mehr gewöhnten sie sich daran, um ihrer eigenen Sicherheit willen ihre nächsten Gefährten über die Klinge springen zu lassen. Zum Lohn hat ihnen Moskau heute eine Scheinmacht verliehen, die ihnen zwar erlaubt, ihr Mütchen an unschuldigen Menschen zu kühlen, die aber letzten Endes auch für sie bar jeder echten Sicherheit ist. Moskau hat es gefallen, sie am Leben und für sich arbeiten zu lassen. Wie, wenn es Moskau eines Tages gefallen sollte, ihrem Leben die Lizenz zu entziehen? Wie sie heute willenlose Werkzeuge sind, werden sie morgen willenlose Opfer sein, denn das Rückgrat hat ihnen Moskau in jahrelanger Prozedur zerbrochen. Die letzten 30 Jahre in der Geschichte des Bolschewismus haben sich als eine der furchtbarsten negativen Auslesen aller Zeiten erwiesen. Alle diejenigen, die etwas taugten, die sich auch nur eine Spur von persönlicher Freiheit, von persönlichem Mut bewahrt hatten, wurden erbarmungslos ausgerottet.«⁶⁷

Endnoten

- 1 Leonhardt, 1990, S. 406
- 2 Neues Deutschland 4.11.1989, S. 1
- 3 Baily, Kondraschow, Murphy, S. 507
- 4 Ich Zeige An 1989, S. 6
- 5 Ich Zeige An 1989, S. 5
- 6 Ich Zeige An 1989, S. 5
- 7 Ich Zeige An 1989, S. 5
- 8 Ich Zeige An 1989, S. 9 ff
- 9 BArch MfS-Wachregiment 10132, Blatt 609
- 10 Berliner Zeitung, Nr. 268, 45. Jahrgang, Di. 14.11.1989
- 11 BArch MfS-Wachregiment 10132, Blatt 609 und 613
- 12 BArch MfS-Wachregiment 10132, Blatt 617
- 13 Schabowski, S. 104 f
- 14 Malycha/Winters 2009, S. 338 f
- 15 Aktuelle Kamera vom 4.6.1989
- 16 Persönliches Erleben des Autors
- 17 BArch MfS-Wachregiment 10132, Blatt 621
- 18 BArch MfS-Wachregiment 10132, Blatt 617
- 19 BArch MfS-Wachregiment 10132, Blatt 621
- 20 BArch MfS-Wachregiment 10132, Blatt 635
- 21 BArch MfS-Wachregiment 10132, Blatt 665
- 22 BArch MfS-Wachregiment 10132, Blatt 665 und 667
- 23 BArch MfS-Wachregiment 10132, Blatt 667
- 24 BArch MfS-Wachregiment 10132, Blatt 643
- 25 Schabowski, S. 105 f
- 26 BArch MfS – HA XXII Nr. 23013, Blatt 92
- 27 BArch MfS – HA XXII Nr. 23013, Blatt 98
- 28 <https://www.youtube.com/watch?v=PteAIaClSw8>, auch:
<https://www.chronik-der-mauer.de/material/180401/rede-von-stasi-minister-erich-mielke-in-der-ddr-volkskammer-13-november-1989>
- 29 BArch MfS HAXXII Nr. 23013. Bl. 111
- 30 BArch MfS HAXXII Nr. 23013. Bl. 112
- 31 Zarusky 2006, S. 194
- 32 <https://www.nd-archiv.de/artikel/193152.unsere-jugend-hat-ein-vaterland-10-tagung-der-provisorischen-volkskammer-der-deutschen->

demokratischen-republik-gesetze-zur-foerderung-der-jugend-zur-
erreichung-von-friedenshektarertraegen-zur-schaffung-eines-ministeriums-
fuer-staat.html

33 <https://www.nd-archiv.de/artikel/192353.deine-partei-ruft-dich.html>

34 <https://www.nd-archiv.de/artikel/192353.deine-partei-ruft-dich.html>

35 <https://www.nd-archiv.de/artikel/192353.deine-partei-ruft-dich.html>

36 Klemperer Berlin 1995, S. 30 f, 158 ff

37 <https://www.nd-archiv.de/artikel/192353.deine-partei-ruft-dich.html>

38 <https://www.verfassungen.de/ddr/verf49.htm>

39 <https://www.nd-archiv.de/artikel/192353.deine-partei-ruft-dich.html>

40 <https://www.nd-archiv.de/artikel/192353.deine-partei-ruft-dich.html>

41 Stalin 1976, Band 14, S. 76

42 <https://www.nd-archiv.de/artikel/192353.deine-partei-ruft-dich.html>

43 Stalin 1976, Band 14, S. 71

44 <https://www.youtube.com/watch?v=PteAIAcISw8>, auch:
[https://www.chronik-der-mauer.de/material/180401/rede-von-stasi-
minister-erich-mielke-in-der-ddr-volkskammer-13-november-1989](https://www.chronik-der-mauer.de/material/180401/rede-von-stasi-
minister-erich-mielke-in-der-ddr-volkskammer-13-november-1989)

45 <https://www.nd-archiv.de/artikel/192353.deine-partei-ruft-dich.html>

46 Sinowjew 1920, S. 36

47 MEW Band 4, S. 479

48 Weinert 1968, S. 51

49 <https://www.memorial.krsk.ru/DOKUMENT/USSR/370725.htm>

50 <https://www.memorial.krsk.ru/deu/Dokument/Dok/370725.htm>

51 Buber-Neumann 1997 S. 38 f

52 Buber-Neumann [https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/
archiv/525597/schicksale-deutscher-kommunisten-in-der-sowjetunion/](https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/
archiv/525597/schicksale-deutscher-kommunisten-in-der-sowjetunion/)

53 Kuczynski, S. 80 f

54 Janka, Spuren, S. 306 ff

55 Deti gulaga, Dokument 139, S. 234-238

56 <https://www.gulag.memorial.de/person.php?pers=242> und Weber, Herbst
2008, S. 206 f

57 Petersen 2019, S. 14

58 Figs 1998, S. 678

59 zit. N. Baberowski 2003, S. 38

60 zit. N. Baberowski 2003, S. 38 f

61 Baberowski 2003, S. 43

62 Becher 1976, Bd. 1, S. 56 f

63 Mielke 1987, S. 276

64 Mielke 1987, S. 276 f

65 Lenin S. 1979, Bd. 1, S. 267 f

66 Brecht Werke 3, S. 124 f

67 Buber-Neumann [https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/
archiv/525597/schicksale-deutscher-kommunisten-in-der-sowjetunion/](https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/
archiv/525597/schicksale-deutscher-kommunisten-in-der-sowjetunion/)